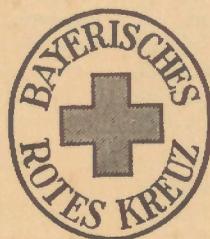


MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN



ROTEN KREUZES

26. Jahrgang Nr. 1

Januar/Februar 1976

B 21 345 F

Aus dem Inhalt:

Das IKRK 1975

Einige Zahlen und Daten

Bundesminister Prof. Dr. Maihofer

Dank an alle Helfer im Katastrophenschutz

Fünf Jahre Polizeihubschrauberstaffel in Bayern

Einheitlicher Notruf 110 in Bayern

Der BRK-Rettungsdienst in Zahlen

Eine Dokumentationsstudie des DRK

Der Suchdienst des DRK

Ehrung für Dr. Kurt Wagner

Menschlichkeit und Unparteilichkeit

Wie ist es in der Praxis um diese beiden RK-Prinzipien bestellt? Ein Vortrag

DRK-Suchdienst München: Zahlen

Geschichte der Kriegsgefangenen

Dr. Fritz Seuß neuer Landesarzt

Gesundheitswochen in Ochsenfurt und Wiesentheid

Neuregelung von Reisekostenbestimmungen/Änderung des Ortszuschlags

Empfang der Arbeitsjubilare

Totenehrentafel

Bekanntmachungsteil

Allgemeines: 1. Rundschreiben des Landesverbandes/Eilmitteilungen. 2. Fahrzeugwesen. 3. Personalwesen

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 25/1975

Aus der Tätigkeit des IKRK 1975

Gleichlaufend zu seinen Großaktionen setzte das IKRK seine Tätigkeit auch 1975 in aller Welt fort. Nachfolgend veröffentlichen wir einige Daten aus seiner Arbeit. Stand der Daten November 1975.

In Angola erfolgten mehrere Aktionen zur Überführung von Zivilpersonen und Gefangenen. So konnten bis Anfang November unter dem Schutz des IKRK 899 Personen, darunter 384 entlassene Gefangene, überführt werden. Seit Beginn seiner Hilfsaktion hat das IKRK rd. 150 Tonnen Hilfsgüter im Gesamtwert von 800 000 sFr. weitergeleitet. Die Aufstellung von Listen, verhafteter, freigelassener, heimatvertriebener und auswandernder Personen sowie die Anlage einer Kartei sind im Gange.

An die Republik Südvietnam hat das IKRK seit April 1975 verschiedene Hilfsgüter im Werte von 21 Millionen US-Dollar weitergeleitet. Zu diesem Betrag sind 3,2 Millionen US-Dollar hinzuzufügen, bei denen es sich um die Kosten für die Charterung des Flugzeuges und Schiffes des IKRK und die Kosten für die bestellten und gelieferten, jedoch noch nicht bezahlten Waren sowie um die Betreuung der Flüchtlinge außerhalb Indochinas handelt. In Thailand suchten Teams des IKRK zahlreiche Lager auf und konnten so bis Mitte September 1975 57 000 Flüchtlinge erfassen.

Im portugiesischen Teil der Insel Timor konnten Delegierte und Ärzte 14 Lager besuchen. Zwei Ärzteteams des Australischen Roten Kreuzes sind auf der Insel eingesetzt. Inzwischen konnte auch ein Hilfsgüterverteilungsplan zugunsten der Zivilbevölkerung durchgeführt werden. In Dili (Timor), dem Sitz der IKRK-Delegation, wurde ein zentraler Suchdienst eröffnet.

Guinea-Bissau wurde am 15. Oktober 1975 erstmals seit Erlangung seiner Unabhängigkeit, von einem Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz besucht.

In Portugal konnte in Zusammenarbeit mit dem Portugiesischen Roten Kreuz eine Hilfsaktion für Häftlinge und deren Familienangehörigen eingeleitet werden.

In Chile wurden 16 Gefängnisse besucht. Die Unterstützung notleidender Häftlingsangehöriger konnte ebenfalls fortgesetzt werden. In Quito (Equador) konnte ein Delegierter mit Häftlingen ohne Zeugen sprechen. In Uruguay gelang es dagegen nicht, weitere Gefängnisse zu besuchen.

Bis Ende Oktober 1975 wurden für den Libanon Hilfsgüter im Werte von 235 000 sFr. gespendet. Es handelte sich dabei insbesondere um Plasma, Antibiotika und Verbandsmaterial.

(Entnommen aus „Das IKRK am Werk“, verschiedene Ausgaben)

Dank an alle Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz

In zahlreichen Einsätzen bei uns in der Bundesrepublik und auch im Ausland haben Sie, liebe Helferinnen und Helfer, im vergangenen Jahr in vorbildlicher Weise Ihre immer wieder aufs Neue geforderte Hilfsbereitschaft in Katastrophen- und Unglücksfällen unter Beweis gestellt. Hierfür stehen als herausragende Beispiele Ihr selbstloser Einsatz bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen und Ihre humanitäre Aktion zur Überwindung der Folgen der Hungerkatastrophe in Äthiopien.

Für diese Ihre Hilfsbereitschaft, Einsatzfreude und für die vielen Opfer, die Sie 1975 persönlich gebracht haben, sage ich Ihnen im Namen der Bundesregierung aufrichtigen Dank. Mit meinem auch persönlichen Dank verbinde ich die besten Wünsche für ein ebenso erfolgreiches Wirken im Jahre 1976.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Werner Maihofer
Bundesminister des Innern

Fünf Jahre Polizei-Hubschrauberstaffel Bayern

Seit nunmehr fünf Jahren fliegen „Edelweiße“ am bayerischen Himmel. Ihre Zahl ist inzwischen auf sieben angewachsen. Innenminister Dr. Bruno Merk wünscht der bayerischen Polizei-Hubschrauberstaffel auch für die kommenden Jahre alles Gute und den Piloten „Hals- und Beinbruch“.

Die Hubschrauber vom Typ BO 105 mit dem Funkrufnamen „Edelweiß“ haben sich im Dienste der Polizei gut bewährt. Unfallfrei wurden in 8325 Stunden und 23 Minuten ca. 1 665 200 Flugkilometer zurückgelegt, das entspricht einer Entfernung von mehr als zweimal zum Mond und zurück. Mit 70% steht bei den Flugstunden der Verkehrsdienst eindeutig im Vordergrund, 20% der Zeit entfallen auf andere polizeiliche Aufgaben und 10% auf Sonderflüge. Die Dienst- und Hilfsleistungen bei diesen Flügen haben eine erstaunliche Spannweite. Sie reichen von Verkehrslageberichten, Meldungen von Verkehrsunfällen, Stausicherungen, Verkehrsüberwachungen und Hilfeleistungen bei Großveranstaltungen, bei Massenanfällen und Katastrophen über Erste-Hilfe-Leistungen, Beanstandungen von Rückwärtsfahren oder Wenden auf der Autobahn und Kfz- oder Personenfahndungen bis zu Transporten von Medikamenten, Verletzten oder auch von Gefangenen, so zuletzt als die Anarchisten freigelassen wurden, um das Leben des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz zu retten. Mit Hilfe der Polizeihubschrauber konnten aber auch Straftäter festgenommen werden.

Personell besteht die Polizei-Hubschrauberstaffel Bayern aus 8 Piloten, 6 Bordwarten, 3 Hubschrauberwarten, 3 Beamten und 1 Angestellten. Ausgerüstet ist die Staffel mit 7 Hubschraubern, 2 Flugfeldtankwagen, 2 Kleinschleppern und 2 Feuerlöschanhängern.

Begonnen hatte es im Herbst 1970 mit einer Leihmaschine der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). 1971 konnten die ersten beiden polizeieigenen Hubschrauber in Betrieb genommen werden. Das Olympiajahr 1972 brachte eine Erweiterung um weitere zwei BO 105. Seitdem kamen noch weitere drei Maschinen hinzu. Seit 1972, als die Polizei-Hubschrauberstaffel als luftfahrttechnischer Betrieb genehmigt wurde, werden alle Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten in eigener Regie durchgeführt.

Neben den routinemäßigen Tätigkeiten, insbesondere der Verkehrsüberwachung, gab es in den fünf Jahren auch herausragende Ereignisse. So beim Lawinenunglück am Wendelstein am 28. Februar 1975, als unter schwierigen Bedingungen am Hang zwei Schwerverletzte aufgenommen und abtransportiert wurden. So am 16. Juni 1975, als ein Hubschrauber von 21.25 Uhr bis um 1.40 Uhr am nächsten Tag ständig Ausmaß und Zugrichtung der infolge eines Brandes entstandenen Giftgaswolke kontrollierte. Dadurch war es in Feldkirchen möglich, frühzeitig Entscheidungen über die erforderlichen Evakuierungsmaßnahmen zu treffen. Beim Eisenbahnunglück von Wangau am 8. Juli 1975 veranlaßte die Besatzung von „Edelweiß 5“, daß frühzeitig, nämlich bereits nach sechs Minuten, Katastrophenalarm ausgelöst wurde.

In einigen Fällen konnten auf Schiffsstraßen Ölschichten hinter Lastkähnen festgestellt und zur Beweissicherung fotografiert werden. Ebenso wurden auch andere unzulässige Gewässerverunreinigungen aus der Luft „geortet“.

* * *

Einheitlicher Notruf 110 in Bayern

Über 7,6 Millionen Einwohner Bayerns, also mehr als drei Viertel der Bevölkerung, können die Polizei über die Notrufnummer 110 erreichen. In den nächsten Jahren – bis 1978 – geht es nun darum, auch die übrigen Ortsnetze mit dem einheitlichen Notruf 110 auszustatten und sämtliche Anlagen auf den neuesten technischen Stand zu bringen (der dann auch die Einrichtung des „münzfreien Notrufs“ ermöglichen wird). Dazu hat die Deutsche Bundespost das neue „Notrufsystem 73“ entwickelt, dessen Einführung in Bayern der Freistaat unter erheblichem Kostenaufwand mit Nachdruck vorantreibt. Damit sollen auch die Möglichkeiten erweitert werden, den verbesserten Rettungsdienst in Anspruch nehmen zu können. Wegen der außerordentlich hohen Kosten und der technischen Gegebenheiten soll das neue Notrufsystem in zwei Stufen verwirklicht werden:

- Einheitlicher Notruf 110 nach dem neuen System 73 für das ganze Land bis Ende 1978
- Einführung des münzfreien Notrufes über Notrufmelder ab 1979.

Derzeit bestehen in Bayern 161 Notrufanschlüsse in „alter Technik“, mit denen rd. 5,196 Mio Einwohner versorgt werden. Das neue Notrufsystem 73, das bereits mit 151 Notrufanschlüssen für 2,423 Mio Einwohner eingerichtet wurde, sieht die Schaltung der bundeseinheitlichen Notrufnummer 110 in allen Fernsprechnetzen der Bundespost zu einer durchgehend besetzten Polizeidienststelle vor. Dabei kann auch dann die Nummer 110 ohne Vorwahlnummer und ohne Ferngebühren gewählt werden, wenn die Polizeidienststelle ihren Anschluß in einem anderen Ortsnetz hat. Die einmaligen Einrichtungskosten betragen rd. 20 Mio DM, die laufenden jährlichen Gebühren rd. 10 Mio DM. Die Staatsregierung sieht in diesem Notrufsystem aber eine so wesentliche Verbesserung für den Bürger, der in Gefahr oder Not ist oder aus anderen Gründen Hilfe braucht, daß sie – nach Maßgabe der Beschlüsse des Landtags – die erforderlichen Mittel auch bei der sehr angespannten Haushaltslage bereitstellen wird. Bis Ende 1978 sollen nach der Planung des Innenministeriums, die in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Deutschen Bundespost durchgeführt wird, in allen Fernsprechnetzen Bayerns insgesamt 1 030 Notrufanschlüsse nach dem neuen System 73 eingerichtet sein. Der sicher wünschenswerte schnellere Abschluß der Einführung des neuen Notrufsystems ist nicht nur eine Kostenfrage, sondern hängt auch von den technischen Kapazitäten der Bundespost ab. So konnten von den 1974 beantragten 131 Notrufanschlüssen bisher 126, von den 1975 beantragten 233 Notrufanschlüssen bis heute 25 eingerichtet werden. Für 1976 ist die Einrichtung von weiteren 232 Notrufanschlüssen bei der Deutschen Bundespost beantragt.

Der BRK-Rettungsdienst in Zahlen

Auswertung einer Dokumentationsstudie des DRK

Diese Studie ist von Mitte 1973 bis Mitte 1974 vom DRK für alle in der Bundesrepublik tätigen Rettungsdienste erarbeitet worden. Dabei wurde über ein knappes Jahr hinweg an bestimmten Tagen (je ein Sonntag, Montag usw. bis Samstag) eine Totalerhebung durchgeführt.

Das Ergebnis:

Ausgewertet wurden im Rahmen der Studie insgesamt 16412 Einsätze des BRK, davon am:

Montag	2 334 Einsätze = 14,2 %
Dienstag	2 338 Einsätze = 14,2 %
Mittwoch	2 878 Einsätze = 17,5 %
Donnerstag	2 934 Einsätze = 17,9 %
Freitag	4 408 Einsätze = 26,9 %
Samstag	899 Einsätze = 5,5 %
Sonntag	621 Einsätze = 3,8 %

Die Auswertungen sind daher ausschließlich BRK-Ergebnisse.

Im allgemeinen sind die Erhebungen repräsentativ, da sie – gewissermaßen als Gegenprüfung – Ergebnisse, die auf anderen Wegen gefunden wurden, vielfach bestätigen.

Der Samstag liegt bei den meisten Einzelerhebungen ähnlich gelagert wie die Wochentage Montag bis Freitag, wogegen die **Sonntagsergebnisse** in zahlreichen Fällen vom Gesamtdurchschnitt erheblich abweichen.

Leistungsaufkommen: Von Montag bis Donnerstag liegt das Leistungsaufkommen zwischen 14 und 18 Prozent. Die Spitze wird am Freitag mit knapp 27 Prozent erreicht. Zum Wochenende erfolgt dann eine deutliche Abnahme: Samstag: 5,5%, Sonntag: 3,8%.

Patienten nach Altersgruppen: Die Auswertung der beförderten Patienten nach Altersgruppen ergibt für die über 55jährigen einen Gesamtanteil von über 45%! Die übrigen Altersgruppen sind dagegen recht gleichmäßig vertreten.

Einsatzhäufigkeit nach Tagesstunden: Die Einsatzhäufigkeit über die Tagesstunden verteilt zeigt für den Sonntag vier Spitzen und zwar nachts ein Uhr, vormittags elf Uhr, nachmittags sechzehn Uhr und abends einundzwanzig Uhr.

Im Gesamtdurchschnitt wird die Tagesspitze schlechthin gegen elf Uhr erreicht, kleine Erhöhungen zeigen sich noch nachts ein Uhr und nachmittags sechzehn Uhr. Letztere beide Anstiege fallen aber gegenüber dem Gesamtbild kaum ins Gewicht.

Nach der Studie fallen zwischen 8 Uhr und 14 Uhr rd. 57 Prozent aller Einsätze an, und zwischen 14 Uhr und 18 Uhr weitere 21 Prozent.

Mithin werden in einem Zeitraum von zehn Stunden 78 Prozent der Einsätze abgewickelt, während in den restlichen vierzehn Stunden nur noch 22 Prozent zu bewältigen sind.

Besetzung der Fahrzeuge: Bei rund einem Viertel aller Einsätze waren die Fahrzeuge nur mit einem Mann besetzt! Am Sonntag jedoch nur in elf Prozent aller Fälle. Bei etwa zwanzig Prozent aller Fälle wirkten ehrenamtliche Kräfte mit, für den Samstag ist der entsprechende Wert bei rd. 55 Prozent, für den Sonntag bei ca. 65 Prozent. Die Auswertung ist u. U. überprüfungsbedürftig, weil die Zählung der „ehrenamtlichen“ nicht einheitlich war. Z. T. wurden nebenamtliche Kräfte als ehrenamtlich eingestuft, obwohl diese von Rechts wegen zum hauptberuflichen teilzeitbeschäftigten Personal zu zählen sind. Unter Berücksichtigung des Bereinigungseffektes dürfte der Anteil der ehrenamtlichen Mitwirkung bei 15 Prozent aller Einsätze liegen. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß hier auch diejenigen Fälle mitgezählt sind, in denen eine gemischte Besetzung (hauptberuflich/ehrenamtlich) tätig war.

Einsätze nach Entfernungen: Über 38 Prozent aller Einsätze liegen im Fahrbereich von 10 Kilometern, weitere 22,5 Prozent zwischen zehn und zwanzig Kilometern, und ca. fünfzehn Prozent zwischen zwanzig und dreißig Kilometern. Somit ergibt sich: Über sechzig Prozent aller Einsätze liegen unter zwanzig Kilometern bzw. rund drei Viertel aller Einsätze unter dreißig Kilometern. Diese Erkenntnis ist wichtig für die Tarifpolitik, zeigt sie doch, daß eine Verlagerung von Kosten auf den geringen Anteil der Fernfahrten keine praktikable Lösung bedeuten kann. Hier ist noch hinzuzufügen, daß die Fahrten über fünfzig Kilometer Fahrstrecke rd. dreizehn Prozent betragen und die Fahrten über einhundertfünfzig Kilometer gar nur noch drei Prozent ausmachen.

Einsatzorte: Die prozentuale Häufigkeitsverteilung der Einsatzorte bringt das erstaunliche Ergebnis – im übrigen auch an Sonntagen –, daß den sog. **großen Verkehrswegen** nicht die üblicherweise zugemessene Bedeutung zu geben ist. Knapp achtzig Prozent aller Einsätze werden innerhalb von Gemeinden (Innenstadtgebiete 41%, Randbezirke 12% und ländliche Gemeinden 25%) abgewickelt, aber nur etwa zweieinhalb Prozent auf Bundesautobahnen, Bundes- und Landstraßen.

Die Auswertung leidet darunter, daß bei 17 Prozent aller Fragebogen keine Angaben verzeichnet waren, dürfte im Kern aber dadurch nicht wesentlich von der Wirklichkeit abweichen.

Transportdauer: Bezüglich der Dauer der Krankentransporte wird festgestellt, daß mehr als vierzig Prozent der Einsätze bis zu einer halben Stunde Zeit in Anspruch nimmt, etwa 30 Prozent dauern zwischen dreißig und sechzig Minuten und nur ein Viertel übersteigt die Dauer von einer Stunde.

Diese Auswertung ist von enormer Wichtigkeit für arbeitsrechtliche Entscheidungen, läßt sie doch Schlüsse darüber zu, wie hoch die Arbeitszeit bzw. Arbeitsbereitschaft des Sanitätspersonals ist. Aus dieser Auswertung kann wohl der Schluß gezogen werden, daß die Entscheidung über die 55-Stunden-Woche untermauert und gerechtfertigt ist. Diese Erhebung erstreckte sich nicht auf Primäreinsätze (knapp 18 Prozent).

Transportanforderung: Alarmierung bzw. Verständigung des Rettungsdienstes erfolgt im Durchschnitt zu 35 Prozent durch das Privattelefon (Sonntag 48%), zu 28 Prozent durch Kliniktelefon (Sonntag 12%). Die BRK-interne Benachrichtigung liegt bei 18 Prozent (Sonntag 10%), während über die Polizei knapp 6 Prozent (Sonntag 16%) der Anforderungen eingehen.

Die Entfernung zwischen Abrufort und Einsatzort liegt in 55 Prozent aller Fälle innerhalb 5 Kilometer, in 82 Prozent aller Fälle im Bereich von 15 Kilometern, so daß eine gute Streuung der Rettungswachen angenommen werden kann.

Als weitere Auswertungsergebnisse sind noch hervorzuheben:

Zahl der Patienten je Einsatz: 85 Prozent aller Einsätze erfolgen mit einem Patienten, 9,7 Prozent mit zwei Patienten, 3,5 Prozent mit drei Patienten, der Rest verteilt sich auf vier und mehr.

Transportziel:	Gesamtdurchschnitt	Sonntagswert
nächstes Krankenhaus	49 %	77 %
Verlegung in Spezialklinik	15 %	12 %
Praxis des Arztes	6 %	1 %
zur Wohnung (Heimfahrt)	26 %	6 %
Sonstiges Ziel	4 %	4 %

Abruf der Rettungsmittel: In rd. 67 Prozent aller Fälle wird das Rettungsmittel von der Rettungswache abgerufen, im übrigen erfolgt der Einsatz durch Abruf von einem mobilen Stellplatz u. ä.

Ein Stück Nachkriegsgeschichte: Der Suchdienst des DRK

Ehrung des scheidenden Dr. Kurt Wagner im DRK-Präsidium

Der langjährige Leiter des DRK-Suchdienstes und frühere Stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Kurt Wagner, wurde am 11.12.1975 vom Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn für sein verdienstvolles Wirken gewürdigt.

Wie DRK-Präsident Walter Bargatzky vor dem Präsidium in Bonn erklärte, ist mit Dr. Kurt Wagner ein Stück Nachkriegsgeschichte, nämlich die Entstehung und Fortentwicklung des Suchdienstes, verknüpft. Unter seiner Leitung sind nahezu 1,5 Millionen Verschollenschicksale aufgeklärt, fast 300 000 Kinder identifiziert und mehr als 650 000 Deutsche aus Ost- und Südosteuropa mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik wiedervereinigt worden. In den letzten 15 Jahren widmete sich Wagner vor allem der Familienzusammenführung. Er genoß bei den Rotkreuzgesellschaften Polens, der UdSSR, der CSSR und Rumäniens Respekt und Vertrauen, das vielen Ausreisewilligen zum Vorteil gereichte.

„Man wird Ihren Namen nicht nennen können, ohne dahinter das große Werk des Suchdienstes vor Augen zu haben –“ sagte DRK-Präsident Bargatzky, an den früheren stellv. DRK-Generalsekretär und früheren Leiter des DRK-Suchdienstes, Dr. Kurt Wagner, gewandt. Und weiter: „Ich bin in meinem Leben sehr vielen Menschen begegnet, die im öffentlichen Leben gewirkt haben, aber ich habe Mühe, mich auch nur an einen darunter zu erinnern, der sich mit seiner Aufgabe so identifiziert hat wie Sie –“

Nach 30jähriger Tätigkeit im Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes schickte der Mitbegründer und langjährige Leiter der gesamten Suchdienstarbeit des DRK, Dr. Wagner, sich am 31. Dezember 1975 seine Mitarbeit im DRK ganz einzustellen.

Dem Suchdienst, der seit 1945 vieles im DRK nicht nur in Bewegung setzte, sondern auch über Jahrzehnte hinweg in Bewegung hielt, gelang es in den Jahren seit seiner Gründung, millionenfach Menschen in Not humanitäre Hilfe zu leisten, Hilfe, die von anderer Seite für diese Art „Fälle“ nicht erhältlich war, d. h. vor allem dies: Auskunft über den Verbleib vermißter und verschollener Angehöriger, Gewißheit über das Schicksal der durch Kriegereignisse Verschwundenen. Die Nachforschungsergebnisse, Suchdienstterfolge in Gestalt der möglichen Antwort auf tausendfache Fragen – Früchte harter Arbeit und zähen Fleißes der Mitarbeiter, vor allem der Freiwilligen – haben vielen Hilfesuchenden Erleichterung ihrer Lage gebracht und damit nicht zuletzt das Ansehen des Deutschen Roten Kreuzes gemehrt.

Dr. Wagners erste Beschäftigung mit Suchdienstproblemen begann bereits vor der Kapitulation vom 8. Mai 1945. Unmittelbare Konfrontation mit dem Elend Zehntausender nach Schleswig-Holstein eingeströmter Flüchtlinge, die sich in Sorge nach ihnen aus den Augen verlorenen Angehörigen verzehrten, gab den Anstoß. Konfrontation auch mit den entsprechenden Nöten der entlassenen Wehrmachtangehörigen bzw. der Tausende Kriegsgefangener in den britischen Internierungslagern veranlaßte den damaligen Leutnant und Mathematiker Dr. Wagner in Flensburg, über Möglichkeiten der Hilfe nachzudenken. Eine erste Fühlungnahme mit dem Roten Kreuz datiert vom 22. April 1945. An diesem Tag nahm Dr. Wagner gemeinsam mit dem damaligen Oberleutnant und Soziologie-Professor Helmut Schelsky sowie mit einigen anderen entlassenen Wehrmachtkameraden Kontakte zu den Resten des alten DRK-Präsidiums aus Berlin auf, die damals ebenfalls in Flensburg saßen. Man erwoگ Möglichkeiten gemeinsamer Maßnahmen mit dem Ziel, die planlose Suche der Tausende nach ihren vermißten Angehörigen zu systematisieren, die Suchwünsche in feste Kanäle zu lenken und geeignete Hilfsmittel der Nachforschung zu schaffen, um gesuchte Personen tatsächlich finden und Auskünfte über sie erteilen zu können. Ein organisatorisches Vorbild für diese Aufgabe hatte man nicht. Man betrat Neuland.

Erste Suchdienst-Gründung in Flensburg

Bald darauf kam es in Flensburg zur Gründung eines Suchdienstes unter dem etwas umständlichen Namen „Deutsches Rotes Kreuz, Flüchtlingshilfswerk, Ermittlungsdienst, Zentral-Suchkartei“. Der erste Schritt war getan, der Grundstein für das gelegt, was in der Folgezeit unter dem Namen „Begegnungsverfahren“ sich als äußerst wirksame Methode erweisen sollte, Menschen, die ihre Angehörigen suchten, wieder mit den Gesuchten in Verbindung zu bringen. Weitere Schritte folgten. Ungeachtet der immensen Schwierigkeiten, mit denen man zu kämpfen hatte, ging es mit der Entwicklung des jungen Unternehmens voran, zeitweise in stürmischem Tempo. Allerdings oft genug auch nur sehr knapp am Rande eines Bankrotts vorbei. Der Aufbau einer weit verzweigten, nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeitenden Suchdienstorganisation kam in Gang, brachte Erfolge und – immer mehr Arbeit, neue Aufgaben, die bald einen nicht voraussehbaren Umfang annehmen sollten.

Im Zuge der Erweiterung wurde die Geschäftsstelle von Flensburg im September 1945 nach Hamburg verlegt. Kontakte mit vielen anderen Stellen, die ebenfalls Suchdienst betrieben, wurden aufgenommen. Es kam zu Verhandlungen da und dort und schließlich zur Gründung einer Suchdienstarbeitsgemeinschaft, an der insbesondere auch der heutige Prälat und frühere Caritasdirektor in München, Franz Müller, sowie Pastor Wilhelm Schmidt vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen maßgeblich beteiligt waren.

Die künftige Führungsrolle des DRK in der gesamten Suchdienstarbeit auf dem Territorium der drei westlichen Besatzungszonen sowie in West-Berlin, später Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, zeichnete sich ab, nachdem die Kirchen ihre Arbeit auf diesem Gebiet noch vor der Währungsreform mehr oder weniger einstellten und die Weiterführung im wesentlichen dem Roten Kreuz überließen.

Bei all dem nahm die Mitwirkung Dr. Wagners von Anfang an breitesten Raum ein. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Leiter der Suchdienst-Zonenzentrale in Hamburg, danach als Direktor des Suchdienstes Hamburg, übernahm er die Leitung für die Steuerung und Weiterentwicklung der gesamten Suchdienstarbeit des DRK geschaffenen Suchdienst-Leitstelle, die ihren Sitz im Mai 1953 von Hamburg nach Bonn ins Generalsekretariat des DRK verlegte. Gleichzeitig übernahm Wagner das Amt eines Suchdienst-Referenten im Generalsekretariat.

Im Vordergrund: Familienzusammenführung

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren die Nachforschung nach den vermißten und verschollenen Wehrmachtangehörigen sowie der Kindersuchdienst den wichtigsten Inhalt der DRK-Suchdienstarbeit ausmachten, rückte Mitte der fünfziger Jahre eine weitere Aufgabe in den Vordergrund: die Familienzusammenführung. Seitdem hat sich Dr. Wagner mit großer Intensität der Lösung vor allem dieses Problems angenommen; d. h. einer humanitären Aufgabe, die das DRK entsprechend den Grundsätzen des Roten Kreuzes und der diesbezüglichen internationalen Rotkreuz-Vereinbarungen seit ebenso vielen Jahren nach besten Kräften wahrgenommen hat und weiterhin erfüllt. Als 1954 der erste Vertrag zwischen dem Deutschen und dem Polnischen Roten Kreuz über Unterstützung bei Maßnahmen zur Wiedervereinigung getrennter Familien zustande kam, war dies zugleich der Auftakt zum Abschluß bilateraler Abkommen des DRK auch mit anderen östlichen Rotkreuz-Gesellschaften. Seitdem, so meinte Präsident Bargatzky, sei der Suchdienstleiter, Dr. Wagner, in seinem unermüdligen Einsatz für eine den Wünschen der betroffenen Individuen gerecht werdende Lösung gerade dieses humanitären Problems so etwas wie „der Schutzengel der Deutschen im Osten“ geworden.

Helga Schettler

Menschlichkeit und Unparteilichkeit heute

Versuch einer Definition – wie ist es in der Praxis um diese Rotkreuz-Prinzipien bestellt?

Anlässlich der Hauptversammlung des Bezirksverbandes Unterfranken am 20. September 1975 in Würzburg und zum 90-jährigen Jubiläum der Sanitätskolonne Schwabach, verbunden mit dem 109-jährigen Jubiläum der Frauenbereitschaft am 25. Oktober 1975, hielt die Vizepräsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, Frau Leonore Freiin von Tucher, diesen vielbeachteten Festvortrag. Dieses Referat, das nicht zuletzt auch nach der Praktizierung von „Menschlichkeit und Unparteilichkeit“ innerhalb des Roten Kreuzes und seiner Arbeit fragt, fand starken Beifall. Wir veröffentlichen, wie bereits angekündigt, diese Festrede ungekürzt:

„Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren!

Sie werden sicherlich ein wenig erstaunt, wenn nicht entsetzt sein, daß ich über ein Thema zu Ihnen spreche, das den Verdacht nahe legt, Sie bekämen sehr ‚Abstraktes‘ vorgesetzt. Ich möchte Sie gleich beruhigen: ich will mich bemühen, so wenig abstrakt wie möglich zu sein. Ich bin ja schließlich eine Frau und nehme deshalb in dem so verunglückten Jahr der Frau gerne ein Wort von Präsident Ehard für mich in Anspruch. Er sieht die Rolle der Frau im Roten Kreuz folgendermaßen: Die Frauen geben dem organisatorischen Apparat der Männer die tragende Seele und füllen die Programme mit Leben.

In diesem Sinne will ich versuchen, die Begriffe ‚Menschlichkeit‘ und ‚Unparteilichkeit‘ jenseits jeder juristischen Denkweise daraufhin zu untersuchen, wie es in der Praxis um diese beiden RK-Grundsätze heute bestellt ist. Zwei Aspekte möchte ich hierbei unterscheiden. Einmal erscheint mir die Frage wichtig: Wie reagiert die Welt heute auf diese RK-Prinzipien? Zum anderen möchte ich etwas provokatorisch fragen: Wie reagieren wir selbst im RK auf sie? Wie weit sind wir selbst bereit und in der Lage, in unserer täglichen RK-Arbeit eben diese Prinzipien zu praktizieren? Ich meine dabei nicht nur den Umgang mit den Hilfsbedürftigen, sondern auch den Umgang mit der Kameradin und dem Kameraden im RK.

Zum ersten Punkt meiner Überlegungen möchte ich beispielhaft an zwei Zeitungsmeldungen aus der jüngsten Zeit erinnern: Als die Roten Khmer aus dem Untergrund auftauchten und die Gewalt in Kambodscha übernahmen, begegnete ihnen ein Zeichen, von dem sie noch nie etwas gehört hatten, das Rote Kreuz. Sie hatten keinerlei Vorstellung von seiner Bedeutung und entsprechend negierten sie auch jeden Anspruch auf Schutz und Hilfe, den die unter das RK-Zeichen Geflohenen als letzte Hoffnung gehabt hatten. Im August 1975 ging ferner eine Meldung durch die Presse, die Felimo-Regierung in Mocambique habe das RK im Lande aufgelöst und das Vermögen der Organisation, die Einrichtungen, Ambulanzen usw. in Staatseigentum überführt. Die Ursachen dieser Maßnahme wurden nicht mitgeteilt. Aber auch hier kam eine Bewegung aus dem Untergrund an die Macht, so daß der Schluß nahe liegt, das RK-Zeichen habe auch ihnen vielleicht nichts zu sagen gehabt. In beiden Fällen sind der Machtübernahme diese moderne Art von sogenannten Bürgerkriegen vorausgegangen. Sie wissen ja alle, wie armselig die Position des RK im Bürgerkrieg heute noch ist. Eine Hilfstätigkeit des RK ist ja bisher nicht generell möglich in derartigen Konflikten.

Wenn also in Bälde die entscheidende Runde um die Erweiterung der Genfer Konventionen in der Schweiz beginnt, so sollten wir mit Anteilnahme und helfenden Gedanken die Beratungen begleiten. Es muß gelingen, den Geltungsbereich der Konventionen zu erweitern. Die Gefährdung einer Reihe von Grundsätzen des RK ist darüber hinaus durch die Vielzahl der jungen Völker und die starke politische Polarisierung der Machtblöcke auf dieser Konferenz sehr groß. Denn kann man diesen jungen Völkern übelnehmen, daß sie einer Einrichtung gegenüber skeptisch sind, die so sehr von der Geisteshaltung einer Welt geprägt ist, von der sie augenblicklich glauben, nur Schlechtes erfahren zu haben? Auch passen die Grund-

sätze nur wenig in die Denkkategorien vieler junger Völker. Bitte, erinnern Sie sich an Biafra. Es war für die kriegsführenden Parteien einfach nicht vorstellbar, daß Menschen und Organisationen bereit waren, ohne jeden politischen oder sonstigen Hintergedanken zu helfen. Man argwöhnte stets, Hilfe komme immer in größerem Umfange dem Feind zugute. Deswegen war allein schon die Erlaubnis, Hilfe zu bringen, z. B. in Biafra so schwer zu erhalten.

Wir hier führen die Begriffe Menschlichkeit und Unparteilichkeit und so viele andere Grundbegriffe abendländischen Denkens mit großer Selbstverständlichkeit und ohne noch viel über das Gewicht ihres Inhalts nachzudenken im Munde. Aber, handeln wir auch nach ihnen? Geben wir z. B. den vielen jungen Leuten, die aus Entwicklungsländern zu uns gekommen sind, um von uns zu lernen, gute Vorbilder ab? Ist unser Verhalten ihnen und unseren eigenen Mitbürgern gegenüber von Menschlichkeit geprägt? Können junge Menschen aus den jungen Staaten nach ihrer Rückkehr in die Heimat sagen, sie hätten bei uns Menschlichkeit erfahren? Können sie, wenn sie zuhause einmal in der Verantwortung stehen, aus ihren Erlebnissen mit unserer Welt und speziell vielleicht auch mit Angehörigen des RK sagen: ‚Ja, Menschlichkeit ist etwas Großartiges. Jeder hilft, wo Not ist. Der Einsame findet Freunde. Das sollten wir auch praktizieren.‘

Ich will hier nicht neuen RK-Aufgaben das Wort reden. Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch. Aber, denken Sie doch einmal daran, was erzählt beispielsweise die koreanische Krankenschwester nach ihrer Rückkehr in die Heimat über uns. Sie hat mehrere Jahre hier zu unserem Wohle hart gearbeitet. Außerhalb des Dienstes und des Schwesternheimes hat sie kein einziges Mal mit Deutschen Kontakt bekommen. Was also kann sie über Deutschland erzählen? Sie ist alles andere als ein Einzelfall der Vereinsamung und des Ausgeschlossenenseins auch derer, ohne die unser Leben heute kaum mehr funktionieren würde. Ob unser Begriff von Menschlichkeit in der heutigen Welt, in der wir Abendländer zahlenmäßig so wenig bedeuten, eine Überlebenschance hat, wird weitgehend nicht in Korea oder Zaire entschieden. Gerade wir, die wir um seinen Wert wissen, tragen ein gerüttelt Maß an Verantwortung. Wenn wir hier und heute versagen, wie können wir dann von den anderen, jenen mit den schlechteren Voraussetzungen, verlangen, daß sie Menschlichkeit üben?

Ich muß noch einmal auf die vor uns liegende diplomatische Konferenz zurückkommen. Das Prinzip der Unparteilichkeit ist durch die Politisierung vieler RK-Gesellschaften schon längere Zeit in der Praxis großen Belastungen ausgesetzt. Jetzt steht es auch in der Theorie in der bittersten Weise zur Diskussion. Es gibt Länder, die bei der Konferenz erreichen wollen, daß in Zukunft unterschieden wird zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Im Falle eines ungerechten Krieges soll das RK nicht tätig werden. Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir nur zu genau, daß selbst innerhalb eines Landes die Meinungen über gerechte und ungerechte Kriege weit auseinander klaffen. Wie soll nun gar zwischen zwei kriegführenden Parteien darüber Einigkeit erzielt werden, ob es sich um einen gerechten oder um einen ungerechten Krieg handelt? Oder, wo gibt es eine Instanz, die eine solche Entscheidung treffen kann? Darüber hinaus müßte sie dann auch noch die Autorität haben, diese Entscheidung durchzusetzen. Die politischen Blockbildungen verhindern doch z. B. in den Vereinten Nationen so häufig Entscheidungen. Und wenn, wer kann sie durchsetzen? Auch die Mitglieder der Liga der RK-Gesellschaften unterliegen ja heute weitgehend einer Blockbildung. So könnte also auch von hier im Ernstfall keine Hilfe kommen. Was geschieht und welcher Rückschritt tritt ein, wenn es der besagten Gruppe gelingen sollte, sich in Genf durchzusetzen. Wir haben zwei Weltkriege begonnen, die nach ziemlich einhelliger Meinung der meisten Staaten damals wohl unter ‚ungerecht‘ gefallen wären, soweit es uns betraf. Wieviel noch Schlimmeres wäre damals in der Heimat und an der Front passiert, wenn die Genfer Konventionen nicht auf uns hätten angewendet werden müssen, selbst in dem begrenzten Umfang, in dem sie bereits damals galten.

Sie sehen, wir haben allen Grund, der Diplomaten-Konferenz unsere Aufmerksamkeit und unsere guten Wünsche zuzuwenden. Wir können aber auch noch darüber hinaus versuchen, die Ergebnisse der Konferenz selbst mit zu beeinflussen. Wir stellen einen Teil der öffentlichen Meinung dar. Gerade wir vom RK haben nicht nur besondere Kenntnisse, sondern auch besondere Verpflichtungen gegenüber derartigen Tendenzen, wie ich sie eben aufgezeigt habe. Sie wissen, daß die Genfer Konventionen zwar gedanklich auf den Überlegungen des RK fußen. Verabschiedet und praktiziert müssen sie jedoch von den Staaten werden. Sie müssen ja in die Gesetzgebung der Staaten eingehen, damit ihre Durchführung überhaupt erst ermöglicht und zumindest in etwa gesichert ist. Auch die Bundesrepublik ist selbstverständlich durch eine Delegation vertreten. Sie erhält die Anweisung über ihre Marschroute von der Bundesregierung. Wo auch immer wir Gelegenheit haben, sollten wir deshalb auf die gefährliche Situation hinweisen, sollen und müssen wir als ein Teil der öffentlichen Meinung der Bundesregierung den Rücken stärken. Die Möglichkeiten dazu bieten sich im Gespräch mit der Presse und mit Politikern z. B. Darüber hinaus darf ich hier vielleicht wieder einmal an einen oft zitierten Ausspruch von Präsident Bargatzky erinnern: Auch auf dem internationalen Gebiet ist eine RK-Gesellschaft nur so stark, wie ihre Gliederungen und ihre Mitglieder an der Basis sie machen. Auch unsere RK-Delegation auf der Konferenz braucht das Gefühl, daß wir hinter ihr stehen und ihr den Rücken stärken.

Wir haben nun unsere beiden Stichworte Menschlichkeit und Unparteilichkeit ein wenig auf ihre internationale Bedeutung hin untersucht. Die veränderte Zusammensetzung der für das Zusammenleben entscheidenden Gremien dieser Erde und der weitverbreitete Wandel in der Auffassung über ihre Aufgaben birgt Probleme und Gefahren ungeahnten Ausmaßes für uns alle. Ihnen zu begegnen ist jeder von uns an seinem Platz und in seiner Weise aufgerufen.

Wie steht es aber mit der Anerkennung der RK-Prinzipien in unserer engeren Umwelt, im Alltag, mit dem wir täglich konfrontiert werden? Die Prinzipien beruhen auf den unteren abendländischen ethischen und religiösen Vorstellungen. Wenn wir uns aber heute in unserem Lebensraum nach ihrer Gültigkeit und nach der Glaubwürdigkeit der Vertreter eines so gearteten Denkens umsehen, was finden wir dann? Gleichgültigkeit, ja Verachtung oder Haß ist nicht selten die prinzipielle Haltung des Menschen zum Menschen. Häufig wird Menschlichkeit als Hindernis auf dem Weg zum Erfolg angesehen. Die Umstrukturierung unserer Gesellschaft, das Herausgerissenwerden aus der kleinen Welt, in die man hineingeboren wurde, beide sind häufig nicht ohne Verlust an Menschlichkeit zu verkraften. Krieg und Flucht, aber auch Abwanderung zu den städtischen Arbeitsplätzen, haben oft den Nährboden zerstört, auf dem das zarte Pflänzchen Menschlichkeit hätte gedeihen können. Die vielfach gestörten Eltern-Kind-Beziehungen tragen das ihre dazu bei, das Pflänzchen in seiner Entwicklung zu hemmen.

Es ist sicherlich ein besonders krasser Fall, aber er wurde mir als bezeichnend für die Verlassenheit mancher Kinder genannt. Ein Mädchen von etwa 13 Jahren wurde in eine Erziehungsanstalt eingewiesen. Es hatte Schwierigkeiten mit dem Essen. Denn es war das erste Mal in seinem Leben, daß es mit Bewußtsein eine warme Mahlzeit erhielt. Wie soll ein Kind in solcher Lebenssituation die Möglichkeit finden, einen Mensch im höheren Sinn des Wortes aus sich zu machen?

Und damit kommen unsere beiden Stichworte wieder auf uns zu, in unserer täglichen Arbeit. Gerade Hilfsbedürftige haben häufig die Hoffnung auf Menschlichkeit ihnen gegenüber aufgegeben, wenn sie diese überhaupt je gekannt haben. Sie reagieren deshalb auf unsere Hilfsangebote vielleicht trotzig und abweisend! Manch einer geniert sich aber auch, Hilfe erbitten zu müssen. Und, wir wissen doch von uns selbst zur Genüge, wie dumm wir uns benehmen, wenn wir uns genieren. Die Frage der Menschlichkeit wird jetzt ganz hart an uns gestellt. Wie reagieren wir, wenn unser Hilfsangebot auf Trotz, Undankbarkeit usw. stößt? Ist unsere menschliche Kraft stark genug, trotzdem einen solchen Menschen zu betreuen? Seine Unfähigkeit, sich 'wohlerzogen' zu verhalten, ist ja doch auch ein Teil seiner Hilfsbedürftigkeit. Aber, es ist der Teil, der

unsere Menschlichkeit vor die härteste Bewährungsprobe stellt. Manchmal ist es wesentlich leichter einen Mann neu einzukleiden, als dies mit einem freundlichen Lächeln und echter und nicht gespielter Anteilnahme zu tun. Wenn uns aber diese echte Anteilnahme möglich ist, haben wir vielleicht viel mehr geholfen, als durch den noch so guten Anzug. Wir werden dabei immer wieder schwere Enttäuschungen erleben und unsere Menschlichkeit wird arg strapaziert. Aber, es lohnt sich dennoch, es immer wieder zu versuchen!

Dem Höflichen, Freundlichen, Hilfe zu gewähren, ist viel leichter. Aber ist das immer derjenige, der sie genau so nötig wie das 'Rauhbein' hat. Auch sonst ist es oft mit unserer Unparteilichkeit nicht sehr weit her. Landstreicher, Gastarbeiter und alte Menschen duzen wir nur allzu gerne. Wir degradieren sie damit von vornherein als auf einer anderen Stufe als wir selbst stehend. Na, Opa wie geht's uns denn heute, würde sich jeder Großvater in diesem Raum hier wohl strengstens als Anrede von einem Fremden verbitten. Wenn der Opa aber vielleicht einige Jahre älter ist, an Kraft ein wenig eingebüßt hat, dann hat er zwar vielleicht an Weisheit und Reife ein wenig zugenommen. Aber das Recht, Herr N. N. zu sein, hat er dann nicht mehr! Er ist nur mehr der Opa, dem diese Degradierung als Ersatz für Menschlichkeit übergestülpt wird. Er gehört dann zu der großen Partei, die wir nicht als Gegenüber, als Menschen behandeln, sondern als irgend etwas, über das wir ein wenig erhaben sind.

Und nun wird der Kreis, den wir ziehen, immer enger. Denn, jetzt stelle ich die Frage: Wie halten wir es untereinander mit den beiden RK-Grundsätzen? Ein englisches Sprichwort sagt: 'charity begins at home', die Nächstenliebe fängt zuhause an. Man könnte diesen Satz abwandeln: Menschlichkeit und Unparteilichkeit fangen in der Gemeinschaft an. Was ist denn eigentlich die Gemeinschaft, von der alle RK-Arbeit, national und international, weitgehend ihren Ausgang nimmt? In unserem landläufigen Verständnis ist Gemeinschaft eine Organisationsform. Aber ursprünglich enthielt das Wort sehr viel mehr. Es ist ein ganzes Programm, das wir nur manchmal aus den Augen verlieren. Ich darf deshalb daran erinnern, daß 'Gemeinschaft' im Zentralorgan des DRK vor einiger Zeit folgendermaßen definiert wurde: 'Gemeinschaft ist ein fortlaufender Prozeß miteinander sprechender und gemeinsam handelnder Partner. Gemeinschaft ist nicht etwas Starres, Fixiertes, Unveränderliches, sondern eine dynamische Größe.' Besser kann man wohl das Programm nicht definieren, das mit der Wahl dieses Begriffes seinerzeit aufgestellt wurde. Leider hat es Zeiten gegeben, in denen der Sinn des Wortes – wie so manches andere – ins Gegenteil verkehrt wurde. Wohin es allerdings geführt hat, daß Gemeinschaft lediglich zu einer Organisation für den Befehlsempfang wurde, ist den älteren unter uns nur zu bitter in Erinnerung. Da ist es doch besser, wir besinnen uns wieder auf den eigentlichen Sinn des Wortes. Dies beinhaltet natürlich zum wiederholten Male die Frage an uns, wie halten wir es mit den RK-Grundsätzen? Nicht jede oder jeder in der Gemeinschaft ist gleich sympathisch. Es gibt auch sonst vielerlei Gründe, jemanden abzulehnen. Beispielsweise hat die Gebietsreform Kameraden zu uns verschlagen, die einen anderen Arbeitsstil als wir haben. Das hat mit ihrem Wert nichts zu tun, aber ausbaden lassen wir sie es doch. Das ist weder menschlich noch unparteiisch.

Und dann kommt gleich die Frage an die Führungskräfte. RK-Grundsätze und Führungsstil stehen in enger Beziehung. Es wird heute so viel über Führungsstil psychologisiert. Dabei hätten wir es so einfach, wenn wir nur unsere Prinzipien, denen wir uns ja doch alle verpflichtet fühlen, in die Tat umsetzen würden. Menschlicher Führungsstil heißt: Offen aussprechen, was man am anderen zu bemängeln hat und ihm damit helfen. Dem einzelnen muß man seine Grenzen, aber auch seine Fähigkeiten und seine Verantwortung ehrlich aufzeigen. Man darf nicht beleidigt sein über Kritik. Das ist übrigens für alle Menschen auf allen Ebenen so ungeheuer wichtig. Kurzum, man muß den anderen als Partner mit all seinen Fehlern, aber auch all seinen Rechten akzeptieren. Ab und zu kann eine Zusammenkunft Wunder bewirken, die kein fachliches Thema, sondern die Beziehungen innerhalb der Gruppe zum Gegenstand hat. Dann könnte man z. B. auch

gerade jungen Menschen sehr viel besser klar machen, warum man, ohne an Menschlichkeit zu verlieren, im Einsatz strengste Disziplin verlangen muß. So führt mich plötzlich das gleiche Stichwort von Kambodscha bis zur Nachwuchsfrage in den Gemeinschaften.

Unsere jüngere Generation bringt große Bereitschaft zum sozialen Engagement mit. Sie hat häufig das Bedürfnis, sich in einer Gruppe zu integrieren. Wir können ihr all das bieten. Warum klagen dann manche Gemeinschaften über fehlenden Nachwuchs? Massenmedien, Werbung, Pädagogen und Psychologen haben dieser jungen Generation mit Erfolg klar gemacht, daß die Jugend dem Alter heute gleichberechtigt, d. h. als Partner gegenübersteht. Könnte es sein, daß das RK diesen Lernprozeß nicht überall mitgemacht hat oder gar versucht, gegen den Strom zu schwimmen? Könnte es sein, daß der eigentliche Sinn des Wortes Gemeinschaft mancherorts in

Vergessenheit geraten ist? Daß wir im Nachwuchs zu wenig den Menschen und zu sehr den Untergeordneten sehen! Man könnte noch lange darüber sinnieren, welche Folgen sich für unsere Arbeit ergäben, wenn wir die Konsequenz besitzen würden, die Grundsätze, denen wir uns verschrieben haben, so durchzuhalten, wie wir uns das am Anfang vorgenommen haben. Eine große und wichtige Voraussetzung auf dem Weg zu ihrer Ausfüllung haben ja alle die bereits getan, die sich zur Arbeit im RK zur Verfügung gestellt haben. Wenn wir immer wieder einmal versuchen, auf dem angefangenen Wege ein Schrittlchen weiter zu kommen, dann dienen wir nicht nur dem RK und seinen Ideen und Aufgaben. Wir können mit unseren bescheidenen Mitteln, jeder an seinem Platz, ein Stückchen mehr Menschlichkeit in eine Welt zurückbringen, die ihrer so dringend bedarf, damit das Leben auf ihr weiterhin lebenswert bleibt."

* * *

In 22 Bänden: Geschichte der Kriegsgefangenen

Das Gesamtwerk der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte ist jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Das DRK hatte dafür sein Material über die ehemaligen Kriegsgefangenen überlassen und drei qualifizierte Suchdienstfachleute als Berater und Autoren zur Verfügung gestellt. Dazu erklärte das DRK-Präsidium, es betrachte es als das legitime Anliegen des Roten Kreuzes in aller Welt, sich aufgrund des III. Genfer Abkommens mit Fragen der Kriegsgefangenschaft zu beschäftigen. Wenn es hierbei Gelegenheit erhalte, diese Fragen nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen zu untersuchen, dürfe es nicht abseits stehen. In der Person des Leiters der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, Professor Dr. Erich Maschke, sehe das DRK einen verständigen Freund, der zugleich die Unabhängigkeit der Wissenschaft gewährleistet.

Die Bände stellen eine nüchterne Sammlung von vielbezeugten Fakten dar, die sich zu einem Massenschicksal verdichten. Daß dieses Schicksal mehr dunkle als helle Seiten aufweist, sollte nach Ansicht des DRK jeden Leser zu der Erkenntnis führen, daß das humanitäre Völkerrecht „auf beiden Seiten vorübergehend oft aus dem Blickwinkel der Verantwortlichen geraten“ sei. Dazu erklärt das DRK-Präsidium empfehlend: „Für alle, denen wie dem DRK die Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts am Herzen liegt, ist das vorliegende Gesamtwerk eine unerschöpfliche Fundgrube. Wer meint, er müsse den einstigen Gewahrsamsstaaten anhand der Untersuchungen einen Strick drehen, mißbraucht diese Dokumentation. Wer andererseits meint, es wäre besser gewesen, nicht mehr darüber zu reden, verkennt ihren Wert für die Geschichtsschreibung, aber auch für die Möglichkeit, die Verhaltensweisen der Menschen in extremen Situationen besser kennenzulernen. Auf diese Weise erfährt das Rote Kreuz einen Zuwachs an Kenntnissen und Erfahrungen, die bei künftigen Versuchen, den Kriegsgefangenen einen wirksamen Schutz zu verschaffen, hilfreich sein können. Auf Verständnis wird es aber nur stoßen, wenn auch eine breite Öffentlichkeit im In- und Ausland die Dokumentation gelesen hat und diskutiert.“

* * *

Bei Notfall-Einsätzen mehr Kranke als Verletzte

Unter den Notfall-Einsätzen des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik überwiegen die Transporte akut Erkrankter. Sie sind noch zahlreicher als die Einsätze nach Verkehrsunfällen. Dies geht aus einer Dokumentation hervor, die das Institut für Rettungsdienst und Krankentransport erarbeitet hat. Auf der Grundlage von mehr als 120 000 Einsätzen der Rettungsorganisationen ermittelte das Institut, daß 11,8 Prozent aller Notfälle akute Erkrankungen sind. 5,8 Prozent sind Verkehrsunfälle mit Verletzungsfolge. In der Häufigkeit der Einsatzmotive folgen Haus- und Sportunfälle (5,1 Prozent) und Betriebsunfälle (3,3 Prozent). Dagegen sind mehr als zwei Drittel aller Rettungseinsätze Krankentransporte ohne besondere zeitliche Dringlichkeit.

Alle Nachforschungen nach Kriegsverschollenen sind beim DRK-Suchdienst in München zusammengefaßt

Das Schicksal von 569 680 Soldaten und 153 584 Zivilgefangenen ist nach Informationen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) noch ungeklärt. Beim Kindersuchdienst liegen noch immer 6 299 Suchanträge vor, dabei sind 1 600 „Namenlose“ zu identifizieren. Die Arbeit der Suchdienststellen ist noch nicht beendet. Das stellte auch der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung fest, und er empfahl, „die Suchdienstarbeit für Wehrmacht- und Zivilverschollene unter Wegfall der Nachforschungsaufgaben in Hamburg zentral in München durchzuführen“.

Alle Nachforschungen, gleich, ob nach Wehrmacht- oder Zivilverschollenen oder für von ihren Angehörigen getrennte Kinder, werden beim **DRK-Suchdienst München** zusammengefaßt. Nachforschungsanträge aller Art sind daher ab **1. Januar 1976** ausschließlich an den DRK-Suchdienst München, Infanteriestraße 7a, 8000 München 40, zu richten. Der DRK-Suchdienst Hamburg bleibt weiterhin für die Familienzusammenführung und für die Hilfen für Deutsche im Ausland zuständig.

Stand der Nachforschungen – Suchdienst München

Wehrmachtverschollene		
Abgeschlossene Fälle	1 174 217	67,4 %
Offene Fälle	569 680	32,6 %
Insgesamt	1 743 817	100,0 %
Verschollene Zivilgefangene		
Abgeschlossene Fälle	203 896	57,0 %
Offene Fälle	153 584	43,0 %
Insgesamt	357 480	100,0 %
Suche von und nach Kindern		
Abgeschlossene Fälle	284 764	97,8 %
Offene Fälle	6 299	2,2 %
Insgesamt	291 063	100,0 %
Verschollene insgesamt		
Abgeschlossene Fälle	1 662 877	69,5 %
Offene Fälle	729 563	30,5 %
Insgesamt	2 392 440	100,0 %

* * *

Konzentrationsmangel verursacht Unfälle

Arbeits- und Betriebsunfälle ereignen sich an den späten Vormittagsstunden am häufigsten. Die Einsätze der Rettungsdienste häufen sich zwischen 11 und 13 Uhr auffällig. Das Institut für Rettungsdienst und Krankentransport, das in Bonn die Untersuchung nach mehr als zweijähriger Arbeit vorlegte, hat über 120 000 Einsätze analysiert. Es vermutet anhand der Unfallkurve, daß vor der Mittagspause das Konzentrationsvermögen am Arbeitsplatz nachläßt und daß bei verringerter Konzentration besondere Unfallgefahr besteht.

Zwischen 10 und 12 Uhr weist die Untersuchung eine weitere auffällige Unfalloffhäufigkeit nach. Analyse: Hausputz und andere Hausarbeiten lassen unfallträchtige Situationen auftreten und führen zu Notfällen.

Dr. Fritz Seuß neuer Landesarzt

Nachfolger des am 1. Oktober 1975 verstorbenen Landesarztes Dr. Kammermaier wurde Dr. Fritz Seuß.

Dr. med. Seuß, langjähriger stellvertretender BRK-Landesarzt, Mitglied des Landesvorstandes und Landeskomitees, Vorsitzender des Kreisverbandes Fürstfeldbruck, wurde in der Vorstandssitzung vom 4. Oktober 1975 durch Vorstandsbeschluß mit der Führung der Geschäfte des Landesarztes bis zu der Ordentlichen Neuwahl beauftragt.

Bergwacht leistete viel Betreuungsarbeit

Hauptversammlung des Abschnitts Fichtelgebirge – Über 1000 Hilfeleistungen

Zu ihrer 47. Jahrestagung trafen sich die Referenten, Abteilungs- und Bereitschaftsleiter der Bergwacht Fichtelgebirge im Rotkreuzheim Bayreuth. Abschnittsleiter Ernst Greßmann, Hof, betonte in seinem Tätigkeitsbericht für die vergangenen zwei Jahre, daß es nur auf Grund des Idealismus der ehrenamtlich und ohne jegliche Vergütung im Einsatz stehenden Bergwachtmänner möglichst sei, vielen Skifahrern und Wanderern die nötige Betreuung zuteil werden zu lassen.

Der Abschnitt Fichtelgebirge verfügt über 19 Bereitschaften in Arzberg, Bad Berneck, Bayreuth, Bischofsgrün, Fichtelberg-Neubau, Franken, Hof, Kirchenlamitz, Marktredwitz, Oberkotzau, Rehau, Schönwald, Schwarzenbach a. d. Saale, Schwarzenbach am Wald, Selb, Tröstau, Vordorf, Weißenstadt und Wunsiedel und die beiden Züge Immenreuth-Tannenberg und Mehlmeisel mit derzeit 410 Aktiven und 74 Anwärtern. Die Zahl der fördernden Mitglieder beträgt 609. Im Sommerdienst waren 596 Erste-Hilfe-Leistungen und 20 Abtransporte zu verzeichnen. Im Winter wurde 494 mal Erste Hilfe geleistet, 158 Verletzte wurden geborgen, 13 Vermißte wurden gesucht. Ferner gab es 14 blinde Alarmer, 168 Dienste wurden bei Sportveranstaltungen geleistet. Schließlich mußten 3 Totenbergungen durchgeführt werden. Die Gesamtzahl der im Berichtszeitraum geleisteten Dienste des Bergwachtabschnitts belief sich auf 6801. Ausbildungsleiter Werner Geipel aus Bug bei Münchberg verwies auf zwei Wochenlehrgänge im Winterrettungsdienst für Bereitschaftsausbilder am Gschwender Horn im Allgäu und am Kitzsteinhorn sowie zwei Wochenendkurse im Sommer und vier Anwärterprüfungen. Stellvertretender Abschnittsarzt Dr. Karl-Herbert Schmidt, Bischofsgrün, bescheinigte den Bergwachtmännern des Fichtelgebirges einen guten Ausbildungsstand. Für den erkrankten Schatzmeister Heinz Benker, Konradsreuth, teilte Adolf Sommer, Schwarzenbach a. d. Saale, mit, daß die Finanzlage der Bergwacht aufgrund nur geringer Zuschüsse nicht günstig ist. Nur mit äußerster Sparsamkeit hätten die notwendigsten Probleme gelöst werden können. Im Berichtszeitraum wurden auch 1219 Naturschutzstreifen durchgeführt, bei denen 205 Beanstandungen zu verzeichnen waren, wie Naturschutzreferent Richard Künzel, Arzberg, bekanntgab. In einer Ergänzungswahl wurde für den verstorbenen Dr. Theodor Dotzauer, Hof, der bisherige stellvertretende Abschnittsarzt Dr. Karl-Herbert Schmidt, Bischofsgrün, zum Abschnittsarzt gewählt, dessen Stellvertreter ist nunmehr Dr. Werner Adolphs, Marktredwitz. Neben Ernst Greßmann, Hof, als Abschnittsleiter und Fritz Strobel, Schwarzenbach a. d. Saale als Stellvertreter sind die einzelnen Arbeitsbereiche mit folgenden Referenten besetzt: Schatzmeister Heinz Benker, Konradsreuth, Stellvertreter Adolf Sommer, Schwarzenbach a. d. Saale; Schriftführer und Öffentlichkeitsarbeit Dieter Schmidt, Bayreuth; Ausbildung Rettungsdienst Werner Geipel, Bug bei Münchberg, Stellvertreter Robert Hübsch, Bayreuth und Werner Prell, Wunsiedel; Sanitätsausbildung Hans Meyer, Hof und Stellvertreter Karl-Herbert Unglaub, Bischofsgrün; Karte und Kompaß Josef Bock, Schwarzenbach a. d. Saale, Stellvertreter Günther Rothmund, Rehau; Naturschutz Richard Künzel, Arzberg; Geräte und Inventar Richard Fischer, Hof. Abschnittsleiter Ernst Greßmann dankte allen Bergwachtangehörigen des Abschnitts Fichtelgebirge für die im Berichtszeitraum geleistete Arbeit.

Dieter Schmidt

Neuer Service des Bayerischen Roten Kreuzes

Kostenlose Beratung in sozialen Fragen für alle Mitbürger im BRK-Kreisverband Dingolfing-Landau insbesondere für alte und behinderte Menschen

Um noch mehr im Dienste des Nächsten sein zu können, errichtet der BRK-Kreisverband Dingolfing-Landau eine Hilfs- und Leitstelle für Ratsuchende in sozialen Fragen. Die Stelle ist mit Fachkräften besetzt.

Dieser Hilfs- und Leitstelle obliegt es, Ratsuchende darauf hinzuweisen, welche Stellen und Behörden in sozialen Angelegenheiten für die Gewährung von Hilfe zuständig sind. Darüber hinaus berät man dort in allgemeinen sozialen Fragen.

In der:

Behindertenhilfe (Beschaffung von orthopädischen Hilfsmitteln)
Altenhilfe (Hilfe für pflegebedürftige Personen)

Rentenberatung (Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung)

Laufenden und einmaligen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz

Erholungsfürsorge (Kinder-, Mütter- und Elternerholung)

Bei Sonderkuren (für körperbehinderte Kinder und für Mütter mit körperbehinderten Kindern, Reduktionskuren)

Außerdem versucht man in diesem BRK-Kreisverband hilfesuchenden Jugendlichen und Eltern zur Seite zu stehen.

* * *

Männer leben gefährlicher als Frauen

In der Bundesrepublik verunglücken mehr Männer als Frauen. 53 Prozent der Patienten aller Rettungsorganisationen sind männlichen Geschlechts. Wie aus einer vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Auftrag gegebenen Dokumentation hervorgeht, sind Männer besonders häufig Opfer von Verkehrs- und Arbeitsunfällen. Bei Haus- und Sportunfällen sind dagegen weibliche Patienten „überrepräsentiert“, ebenso bei Selbstmordversuchen und Verbrechen.

Die Dokumentation geht von 120 000 Einsätzen des Rettungsdienstes in einem Zeitraum von neun Monaten aus. Sie weist nach, daß bei den Notfallpatienten zwischen 16 und 25 Jahren die Opfer von Verkehrsunfällen mit rund 27 Prozent besonders zahlreich sind. Arbeits- und Betriebsunfälle kommen prozentual am häufigsten in der Altersgruppe der 26- bis 35jährigen (23 Prozent) vor.

* * *

Gesundheitswochen in Ochsenfurt und Wiesentheid

Zwei von der Bevölkerung stark beachtete und dankbar aufgenommene Gesundheitswochen wurden im November 1975 im Bezirksverband Unterfranken durchgeführt. Dabei stellten sich namhafte Ärzte zur Verfügung. 4700 Personen kamen zu den Fachvorträgen und besichtigten die Ausstellungen. Aber auch von den Schulen wurden diese Wochen gut aufgenommen: Insgesamt 57 Schulklassen waren Gast der Gesundheitswochen. Bei neun, wechselseitig vorgeführten Lehrfilmen informierten sich 3100 Besucher. Die Gesundheitswochen zeigten auf, daß gerade in den kleineren Städten das Interesse für übersichtliche Aufklärung in gesundheitlichen Fragen nach wie vor außerordentlich groß ist. Teil dieser Gesundheitswochen war auch eine Ausstellung, die auf die allgemeine Arbeit des BRK hinwies. Auch hier war ein guter Erfolg zu verzeichnen.

Bayerische Rettungsmedaille für zwei BRK-Sanitäter

Für ihr mutiges und selbstloses Eingreifen bei Unfällen wurden **Hans Peter Haak** (BRK-Passau) und **Johann Höllbauer** (BRK-Neumarkt-St. Veit) von Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel am 1. Dezember 1975 mit der Bayerischen Rettungsmedaille am Band ausgezeichnet. Die beiden Sanitäter retteten unter dem Einsatz ihres eigenen Lebens Verunglückte aus Lebensgefahr. Die 1952 eingeführte Bayerische Rettungsmedaille am Bande wurde bisher 895 mal verliehen.

TOTENEHRENTAFEL

In Ehrfurcht gedenken wir unserer Verstorbenen:

Landesarzt Dr. Herbert Kammermeier

Als junger Arzt gehörte Dr. Herbert Kammermeier bereits 1935 der Sanitätskolonne Regensburg an mit dem Ziel, die ihm anvertrauten Männer sowie die Bevölkerung für den Dienst am Nächsten auszubilden. Während seiner Tätigkeit als Sanitäts-offizier im Kriege hatte er erkannt, wie lebensnotwendig gerade der Ausbau und die Hebung der Leistungsfähigkeit des Sanitätswesens an der Basis ist, und seine ganze Kraft qualifizierter Ausbildung zugewandt. Sein beruflicher Weg führte ihn nach 1945 als Amtsarzt nach Neunburg vorm Wald. Dort stellte er sich sofort wieder uneigennützig dem örtlichen Rotkreuz-Verband zur Verfügung. Mit seiner Übersiedlung nach Landshut wuchsen nicht nur die dienstlichen Aufgaben, sondern auch die im Dienste des Roten Kreuzes. Der Ernennung zum Chefarzt des Kreisverbandes folgte bald die Berufung zum Chefarzt des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz. In diese Zeit fällt auch sein Bemühen um den weiteren Ausbau des BRK-Rheumakrankenhauses Bad Abbach. Als ärztlichem Direktor dieser Anstalt gelang es ihm, diesem Rheumabad nicht nur bei den Patienten, sondern auch in Fachkreisen hohe Anerkennung zu verschaffen. Seine besondere Aufmerksamkeit wandte er dem Aufbau des BRK-Blutspendedienstes zu. Er übernahm 1961 die Tätigkeit als Vorsitzender des Landesausschusses der Sanitätskolonnen sowie als stellvertretender Landesarzt. Einstimmig wurde Dr. Kammermeier 1965 von der Landesversammlung des BRK zum Landesarzt gewählt und damit an die Spitze der ärztlichen Verantwortung gestellt. Das Bayerische Rote Kreuz verlor an Dr. Herbert Kammermeier einen Mann, dessen Leben und Arbeitskraft als Arzt der Allgemeinheit bis zur letzten Stunde zur Verfügung stand.

Bezirksverbandsvorsitzender Josef Fischer

Josef Fischer war dem Roten Kreuz und seinen Zielen 15 Jahre lang eng verbunden. Sein konsequentes Bemühen – persönlich wie auch als Bezirkstagspräsident – die Sozialarbeit, den Rettungsdienst und Katastrophenschutz des Roten Kreuzes in Schwaben voranzubringen, führte schließlich zu seiner einstimmigen Wahl als Vorsitzender des Bezirksverbandes im April 1965. In den Jahren von 1965 bis zu seinem Tode war die enge Verbundenheit mit den Kreisverbänden, den Rotkreuzgemeinschaften seines Bereiches sowie die Sorge um alle Menschen die Hilfe bedurften, sein Hauptanliegen. Herzensgüte, Tatkraft und seine ruhige, sachliche Art die Probleme zu meistern, haben ihm nicht nur die Herzen seiner Schwaben gewonnen – auch bei seiner erfolgreichen Mitarbeit an dem Werk des gesamten Bayerischen Roten Kreuzes, im Landesvorstand, im Landeskomitee, wie im Verwaltungsrat des Blutspendedienstes gewann er die Herzen aller und fand höchste Anerkennung. 1966 wurde er mit dem DRK-Ehrenzeichen, 1972 mit dem Steckkreuz des Freistaates Bayern ausgezeichnet. Einige Tage vor seinem Weggang aus unserer Mitte erhielt er die besondere Auszeichnung für „Soziale Verdienste um den Freistaat Bayern“, die ihm nicht mehr persönlich überreicht werden konnte.

Zahnarzt Dr. Gustl Mack

Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Neustadt a. d. Aisch. Dr. Mack trug nach Kriegsende durch seine aufopferungsvolle Mitarbeit Entscheidendes zum Wiederaufbau des Kreisverbandes bei. In ihm verliert das Rote Kreuz einen stets verantwortungsvollen Kameraden.

Empfang der Arbeitsjubilare in der Staatskanzlei

In den Vorweihnachtstagen 1975 empfing der Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel, Mitarbeiter des Roten Kreuzes, die 25 Jahre treuen Rotkreuz-Dienst geleistet haben. Bei einem Empfang in der Staatskanzlei sprach er dieses Mal vierzehn Mitarbeitern seinen Dank für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit aus und überreichte ihnen gleichzeitig die Ehrenurkunde des bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkel. In seiner Rede unterstrich der Ministerpräsident, daß diese Arbeit oftmals weit über das geforderte Maß hinaus geleistet wurde und daß sie auch in Zukunft für unsere freiheitliche Ordnung unverzichtbar bleibe. Mit seinem persönlichen Gruß übermittelte er den Jubilaren auch den Dank der gesamten bayerischen Bevölkerung.

Arbeitsjubilare des Bayerischen Roten Kreuzes 1975

Josefa Guggemos	Heim Füssen
Franz Haydn	Kreisverband Passau
Franz Kaupa	Kreisverband Kelheim
Carola Kienig	Kreisverband Pfaffenhofen/Ilm
Helga Klaschka	Kinderkrankenhaus Würzburg
Willy Klopfer	Heim Füssen
Johann Kutzer	Kreisverband Bayreuth
Anton Neumeier	Kreisverband München
Walter Pfadenhauer	Stiftung Hafenpreppach
Adalbert Preisser	Kreisverband Cham
Eleonore Sölch	Präsidium
Willi Wendt	Kreisverband Hof
Augustin Winter	Kreisverband Weilheim-Schongau
Paul Zelzer	Kreisverband München

Mit dem Ehrenzeichen der Wasserwacht ausgezeichnet

Für ihr vorbildliches persönliches Engagement und für ihre herausragenden Verdienste um unsere Wasserwacht verlieh der Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel an sieben Persönlichkeiten das Ehrenzeichen der Wasserwacht in Gold. Diese Auszeichnung wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde am 17. November 1975 in München an die Geehrten übergeben. Ministerialrat Dr. Hans Oehler, Innenministerium
Horst Popp, Kuratorium Rettungsdienst Bayern
Karl Berger, BRK-Präsidium
Alfons Helmberger, RK-Werbe- und Vertriebsgesellschaft
Armin Regensburger, K-Wasserrettungszug I
Leo Leckenwalter, K-Wasserrettungszug I
Karl-Heinz Nebbe, K-Wasserrettungszug I

* * *

Eilmitteilung

Betr.: Neuregelung von Reisekostenbestimmungen

Bezug: Bay. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 vom 30. 12. 1975 und vorangegangene Eilmitteilung vom 1. 10. 1975

Mit Bekanntmachung vom 23. 12. 1975 hat das Bay. Staatsministerium für Finanzen mit Wirkung vom 1. 1. 1976 folgende Änderungen verfügt.

1. Für eine Dienstreise, die keinen vollen Kalendertag beansprucht sowie für den Tag des Antritts und für den Tag der Beendigung einer mehrtägigen Dienstreise beträgt das Tagegeld bei einer Dauer der Dienstreise von mehr als 6-8 Stunden $\frac{3}{10}$ des vollen Satzes von mehr als 8-12 Stunden $\frac{5}{10}$ des vollen Satzes von mehr als 12 Stunden den vollen Satz.

Bei mehreren Dienstreisen an einem Kalendertag wird jede Reise für sich berechnet. Es wird jedoch zusammen nicht mehr als ein volles Tagegeld gewährt.

2. Dauert der Aufenthalt an dem selben auswärtigen Geschäftsort länger als 14 Tage, so werden als Vergütung vom 15. Tage an 50 v. H. des Tage- und Übernachtungsgeldes und

vom 43. Tage an Trennungsgeld und Reisebeihilfen wie bei einer Abordnung gewährt.

3. Bei dienstlich gewährter unentgeltlicher Verpflegung wird
 a) das Tagegeld für das Frühstück um 20 v. H., für das Mittag- und Abendessen um je 35 v. H. des vollen Satzes,
 b) die Vergütung nach Ziffer 3 für das Frühstück um 15 v. H., für das Mittag- und Abendessen um je 20 v. H. gekürzt.
 Von einem Teiltagegeld sind mindestens 10 v. H. zu belassen.

4. Wird dienstlich unentgeltlich Unterkunft gewährt oder werden die Auslagen für das Benutzen von Schlafwagen oder Schiffskabinen erstattet, wird das Übernachtungsgeld **nicht** gewährt; die Vergütung nach Ziffer 3 wird um 35 v. H. gekürzt. Wir bitten alle Dienststellen und Einrichtungen, die geänderten Reisekostenbestimmungen **ab sofort** anzuwenden. Von einer Neuberechnung der im Januar 1976 angefallenen Reisekosten ist aus Billigkeitsgründen Abstand zu nehmen.

* * *

Eilmitteilung

Betr.: Änderung des Ortszuschlags ab 1. Januar 1976 nach dem Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur im öffentlichen Dienst

Bezug: Staatsanzeiger Nr. 48 vom 25. 11. 1975 und Nr. 2 vom 9. 1. 1976

Durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sind bei den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst und damit auch bei den Mitarbeitern des Bayerischen Roten Kreuzes ab 1. Januar 1976 für die Bemessung des Ortszuschlags und der Sozialzuschläge neue Vorschriften anzuwenden.

Die Höhe des Ortszuschlags richtet sich ab 1. 1. 1976 nach der als Anlage beigefügten Tabelle.

Darüberhinaus treten ab gleichem Zeitpunkt folgende Änderungen in Kraft:

1. Ledige Mitarbeiter erhalten künftig auch nach Vollendung des 40. Lebensjahres grundsätzlich nur den Ortszuschlag der Stufe 1. Bei Mitarbeitern, die das 40. Lebensjahr vor dem 1. 1. 1976 vollendet haben (also am 1. 1. 1936 oder früher geboren wurden), bleibt es beim bisherigen Ortszuschlag der Stufe 2.

2. Geschiedene Mitarbeiter, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist (bisher Stufe 2), erhalten künftig grundsätzlich den Ortszuschlag der Stufe 1. Ortszuschlag nach Stufe 2 wird ihnen nur noch gewährt, solange sie dem früheren Ehegatten gegenüber zum Unterhalt verpflichtet sind.

3. Wehrdienst- oder zivildienstleistende Kinder, für die das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz weggefallen ist, werden künftig auch beim Ortszuschlag nicht mehr berücksichtigt.

4. Soweit beide Ehegatten im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, wird der in allen Tarifklassen einheitlich auf DM 90,- festgesetzte Ehegattenbestandteil des Ortszuschlags (Unterschiedsbetrag zwischen den Stufen 1 und 2) künftig jedem Ehegatten nur noch zur Hälfte, d. h. in Höhe von DM 45,- gezahlt. Das gilt unter den selben Voraussetzungen auch dann, wenn der zustehende Ortszuschlag einen kinderbezogenen Bestandteil (Kinderanteil) nach den Stufen 3 und höher enthält.

Gleichfalls halbiert wird der auf ein oder mehrere Kinder entfallende Unterschiedsbetrag zwischen den Stufen des Ortszuschlags. Auch er wird bei einem im öffentlichen Dienst beschäftigten Ehepaar insgesamt nur einmal gezahlt.

Wegen der Verminderung des Ehegattenbestandteils bei Teilzeitbeschäftigung eines oder beider Ehegatten ist das im Staatsanzeiger Nr. 2 Seite 7 vom 9. 1. 1976 veröffentlichte Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 18. 12. 1975 zu beachten.

5. Der nach der Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder gestaffelte höhere Ortszuschlag endet entsprechend der Kinder-

geldregelung nicht mehr wie bisher mit dem Ende des darauffolgenden, sondern mit dem Ende des Monats, in dem die Anspruchsvoraussetzungen entfallen.

6. Mitarbeiter, die am 31. 12. 1975 bereits beim BRK beschäftigt waren und deren Ortszuschlag sich durch vorstehende Auswirkungen verringert, erhalten ab 1. 1. 1976 eine Ausgleichszulage.

Sie beträgt für Empfänger von Ortszuschlag der Stufe 2 und höher:

in Tarifklasse I a	DM 16,47
in Tarifklasse I b	DM 15,30
in Tarifklasse I c	DM -,60
in Tarifklasse II	DM 2,37

7. Die Ausgleichszulage erhöht sich um den Differenzbetrag um den die Sätze des Ortszuschlags der Stufe 2 und der folgenden Stufen infolge der Vereinheitlichung des Ehegattenbestandteils auf monatlich DM 90,- vom 1. 1. 1976 an niedriger sind als bisher.

Auch der Wegfall der bisherigen Stufe 2 bei Geschiedenen, der Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 1 und 1/2 und Stufe 1 und Stufe 2, statt bisher Stufe 2 bei Verheirateten sowie der Wegfall eines kinderbezogenen Anteils des Ortszuschlags berechtigen zur Gewährung einer Ausgleichszulage. Alle eingetretene Verringerungen werden zu einer Ausgleichszulage zusammengefaßt.

8. Die Ausgleichszulagen werden abgebaut. Sie vermindern sich bei tariflichen Erhöhungen um die Hälfte des jeweiligen Erhöhungsbetrages, bei anderen Einkommensverbesserungen (Steigerung der Grundvergütung, Erhöhung der Dienstzeitstufe etc.) um den Gesamtbetrag der jeweiligen Verbesserung. Sie werden nur solange gewährt, wie die bisherigen Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung des Ortszuschlags der Stufe 2 oder höher ohne Berücksichtigung der früheren Auslaufzeiten weiterhin erfüllt wären.

9. Die gegebenenfalls zu zahlende Ausgleichszulage ist für die Zusatzversorgung nicht beitragspflichtig und nicht gesamtversorgungsfähig.

10. Arbeiter erhalten ab 1. 1. 1976 statt des bisherigen Sozialzuschlages den kinderbezogenen Anteil des Ortszuschlags, den sie bekommen würden, wenn sie als Angestellter unter den BAT fielen. In der Regel kommt die Tarifklasse II in Frage. Ein Arbeiter mit 3 kindergeldberechtigten Kindern erhält danach als Sozialzuschlag den Differenzbetrag zwischen den Stufen 3 und 5.

Die Ausgleichszulage ist nicht gesamtversorgungsfähig, gilt aber als Bestandteil des Sozialzuschlags.

Wir bitten unsere Dienststellen und Einrichtungen, nach den ab 1. 1. 1976 geltenden Neuregelungen unter Beachtung der bisher in den amtlichen Organen erschienenen Veröffentlichungen (Staatsanzeiger, GVBl) zu verfahren.

Ortszuschlag									Gültig ab 1. 1. 1976	
Tarifklassen	zu der Tarifklasse gehören die Verg. Gr.	Stufe 1 Ledige	Stufe 2 Verheiratete	Stufe 3 1	Stufe 4 2	Stufe 5 3	Stufe 6 4	Stufe 7 5	Erhöhung für jedes weitere Kind	
				kindergeldberechtigten Kindern						
I b	I-II b	475,94	565,94	642,94	716,53	750,67	815,38	880,09	80,60	
I c	III-V a/b	422,99	512,99	589,99	663,58	697,72	762,43	827,14	80,60	
II	V c-X	394,16	484,16	561,16	634,75	668,89	733,60	798,31	80,60	

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 25 (Januar bis Dezember 1975)

Vorbemerkung: Die einzelnen Bekanntmachungen und Nachrichten waren in jedem Blatte fortlaufend nummeriert. Es bedeutet daher die Zahl vor dem Komma die Nummer des Blattes, die Zahl hinter dem Komma die Nummer der betreffenden Meldung. Artikel, die nicht nummeriert waren, werden durch die Seitenzahl angegeben. In diesem Falle bedeutet also 3, S. 2 = Blatt 3, Seite 2.

Größere Artikel – Grundsatzfragen – Fachthemen

Zum Neuen Jahr. Von Walter Bargatzky, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 1, S. 1 – Neujahrsaufruf des bayerischen Arbeits- und Sozialministers Dr. Fritz Pirkel, MdL 1, S. 2 – 1975 ein Jahr erhöhter Anforderungen. Dank für Neujahrsgrüße 1, S. 3 – Großartiger Jahresausklang. „Bayern 3“ erspielte, erbetelte, ersteigerte über 100 000,- DM für Berg- und Wasserwacht 1, S. 3 – Bayern fördert den Bau von Berg- und Wanderhütten 1, S. 3 – Kuratorium „Rettungsdienst Bayern“ einmalig in der Bundesrepublik. In 3 Jahren 8,3 Millionen an Spenden hereingeholt 1, S. 4 – Der Präsident des Executivrats des IKRK, Roger E. Gallopin sprach in München. Auch im internationalen Sektor werden die Aufgaben schwieriger 1, S. 5 – Brief aus Bonn. Von Kurz W. Böhme, DRK-Suchdienstreferent 1, S. 8 – Empfang der Arbeitsjubilare in der Staatskanzlei 1, S. 8 – Rettung mit dem Hubschrauber. Aus dem Hubschrauberrettungsdienst Nürnberg des Bayerischen Roten Kreuzes. Von Werner Raps, Facharzt für Chirurgie, Leitender Arzt des Hubschrauberrettungsdienstes Nürnberg 2/3, S. 1 – Vier Jahre Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen 2/3, S. 4 – 2. Sitzung des Landes-Naturschutzbeirats beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Graureiherkolonie am Salzberg in Unterfranken soll unter Naturschutz gestellt werden 2/3, S. 5 – Erholungsmaßnahmen für geistig behinderte Kinder 2/3, S. 5 – Humanitäre Hilfsmaßnahmen des Bayer. Roten Kreuzes bei Katastrophen im Ausland im Jahre 1974 2/3, S. 7 – 75 Jahre „Marienverein“ Coburg 2/3, S. 7 – Zum Weltgesundheitstag 1975 4, S. 1 – Zahl der Kriegsdienstverweigerer sinkt 4, S. 4 – Der Souveräne Malteser-Ritterorden heute 4, S. 5 – Die Hausfrau und Mutter im System unserer „sozialen Sicherheit“ – eine große soziale Ungerechtigkeit 4, S. 6 – Zahlen aus dem Müttergenesungswerk 4, S. 7 – Sonderkuren im Rahmen des Müttergenesungswerkes 4, S. 7 – 92 Südtiroler Frauen und Mütter in Ettal 4, S. 7 – Mitarbeit der Frauen im K-Schutz 4, S. 8 – Auf dem Weg zur Schule im Jahre 1974 928 Schulwegunfälle 4, S. 8 – Chefarzt Dr. Snopkowski in den Bayerischen Senat berufen 4, S. 8 – „Essen auf Rädern“ nun auch in Nürnberg 4, S. 8 – Südvietnam öffnet Häfen für Hilfsgüter 5/6, S. 1 – 1000 Rotkreuzschwestern aus der ganzen Bundesrepublik in München. Die Idee des Roten Kreuzes unverfälscht wahren 5/6, S. 1 – Das internationale Jahr der Frau 5/6, S. 5 – Landesausschuß für Frauenarbeit tagte in München. Präsident Alfons Goppel als Diskussteilnehmer 5/6, S. 5 – Humanitäres Völkerrecht soll weiter entwickelt werden 5/6, S. 6 – Hauptversammlung des BV Schwaben in Donauwörth. Minister Dr. Bruno Merk sprach über aktuelle Aufgaben des BRK 5/6, S. 7 – Verstärkter Rettungsdienst während der Hauptreisezeit 1975 5/6, S. 9 – Naturparks in Bayern 5/6, S. 10 – DRK hat 2,5 Millionen Mitglieder – Bundesversammlung in Kiel 7/8, S. 1 – Verstärkte Aktivitäten erfordern erhöhte Ausgaben. Landesvorstand und Landeskomitee hatten großes Tagespensum zu bewältigen. Ermutigender Vorspann des Landesgeschäftsführers 7/8, S. 1 – Erhebliche Steigerung des Finanzvolumens im Jahre 1973. Vorlage des Abschlusses 7/8, S. 2 – Vorläufige Rechnungsübersicht des Präsidiums für das Geschäftsjahr 1974 7/8, S. 3 – Bundespräsident Walter Scheel beim „Helfertag 1975“ des Bayerischen Roten Kreuzes in Bamberg. Kombinierte Katastrophenübung ein großer Erfolg 9/10, S. 1 – Neuer Präsident des IKRK 9/10, S. 4 – Mobile Rettungswachen haben ihre Bewährungsprobe bestanden 9/10,

S. 5 – Gesundheitswoche in Bad Kissingen 9/10, S. 6 – Der Gesundheitszustand unserer Kinder 9/10, S. 6 – Blutgruppe und Lebenserwartung 9/10, S. 6 – Umweltsünden geht es an den Kragen – Umweltministerkonferenz beschließt Bußgeldkatalog 9/10, S. 6 – Wettbewerb des Norwegischen Roten Kreuzes 9/10, S. 7 – Rettungsschwimmen als Mittel der Völkerverständigung. US-San.-Soldaten wurden mit dem Rettungsschwimmer-Orden ausgezeichnet 9/10, S. 7 – 136 Saaten an Genfer Konvention gebunden. 19. Tagung der Justitiare und Konventionsbeauftragten des Deutschen Roten Kreuzes in Regensburg 9/10, S. 7 – Große Aktivitäten in Unterfranken. Hauptversammlung des Bezirksverbandes in Würzburg 9/10, S. 8 – Zum Neuen Jahr. Von Walter Bargatzky, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 11/12, S. 1 – Dank und Segenswünsche zum neuen Jahr 11/12, S. 2 – Subsidiarität und Solidarität – Grundprinzipien freier sozialer Ordnung. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz in Landshut am 18. 10. 1975 11/12, S. 2 – Aufbau der ambulanten Dienste vorrangig. Bezirksverband Ober-/Mittelfranken hielt seine Hauptversammlung in Erlangen. Intensive Arbeit in den Arbeitskreisen 11/12, S. 3 – Zügiger Ausbau des Rettungsleitstellensystems. Innenminister Dr. Bruno Merk übergab Rettungsleitstelle in Hof 11/12, S. 6 – Henry Dunants Freunde sammeln sich. Gründung einer Henry-Dunant-Gesellschaft in der Schweiz 11/12, S. 7 – Patenschaften der Nächstenliebe. Weihnachtsaktion des BRK zur Unterbringung der Opfer des Wirbelsturmes vom September 1974 in Honduras 11/12, S. 8 – 100 Jahre Rotkreuzdienst in der Stadt und im Landkreis München. Zahlreiche Ehrengäste beim Festakt und der Schauübung am Liebfrauenturm 11/12, S. 8 – Festakt im Großen Sitzungssaal des Münchner Rathauses 11/12, S. 10 – Über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Finanzlage. Dir. Heinz Kerkmann referierte in Bonn bei der Tagung der Schatzmeister der DRK-Landesverbände 11/12, S. 13 –

BEKANNTMACHUNGSTEIL

Allgemeines

Rundschreiben des Landesverbandes

Nr. 125 – 130/1974 1,1 – Nr. 1 – 24/1975 2/3,3 – Nr. 25 – 40/1975 4,2 – Nr. 41 – 70/1975 5/6,1 – Nr. 71 – 92/1975 7/8,1 – Nr. 93 – 105/1975 9/10,1 – Nr. 106 – 116/1975 11/12,2 –

Eilmittelungen

vom 3. 12. 1974 Nr. 1,1 – vom 7. 1. 1975, 13. 1. 1975, 31. 1. 1975, 6. 2. 1975, 11. 2. 1975 Nr. 2/3,3 – vom 19. 3. 1975, 24. 3. 1975 Nr. 4,2 – vom 21. 4. 1975, 7. 5. 1975, 27. 5. 1975 Nr. 5/6,1 – vom 9. 9. 1975, 1. 10. 1975 9/10,1 –

Verleihung von Auszeichnungen

Ehrenzeichen für Verdienste um das Bayerische Rote Kreuz – Verleihung des Steckkreuzes 2/3,1 – Verdienstzeichen der Frauenbereitschaften 2/3,2 – Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande 4,1 – Verleihung des Steckkreuzes 11/12,1
Haus- und Straßensammlungen im Jahre 1975 1,2

Ausbildungswesen

Lehrgangsprogramm der Dr.-Otto-Geßler-Landesschule Deisenhofen für die Zeit vom 1. 3.–30. 4. 1975 1,3 – vom 3. 5.–3. 7. 1975 2/3,4 – vom 1. 8.–26. 9. 1975 5/6,2 – vom 29. 9.–19. 12. 1975 9/10,3 – vom 5. 1.–28. 2. 1976 11/12,3
Veranstaltungskalender der Bundesschule für das 1. Halbjahr 1975 2/3,5

Personalwesen

Verlustanzeigen von Dienstausweisen

1,4 - 4,3 - 7/8,4 - 9/10,2 - 11/12,6

Ausschreibung für Leitstellenpersonal 2/3,7 - Hauptamtliche Mitarbeiter gesucht 5/6,3 - Mitarbeiterin für Regensburg gesucht 5/6,3 - Heimleiterin für Wiesenttal gesucht 5/6,3 - Unterfranken sucht Bezirksgeschäftsführer 7/8,2 - KV Rosenheim: stellv. Geschäftsführer gesucht 7/8,3 - Kreisgeschäftsführer gesucht (Aschaffenburg) 11/12,4 - Heimpersonal gesucht (Kiefern-garten) 11/12,5 -

Fahrzeugwesen

Krankenwagen zu kaufen gesucht

2/3,8 - 4,4 - 5/6,4 - 7/8,6 - 9/10,5

Krankenwagen zu verkaufen

7/8,5 - 9/10,4

Sozialarbeit

Altnerholungsmaßnahmen 1975 2/3,9 - Kuraufenthalt im „Kurheim Paracelsus“ in Bozen (Südtirol) 2/3,10 - Verordnung zur Neufestsetzung des Regelbedarfs (Regelbedarf-Verordnung 1974) 2/3,11 - Erhöhung der Mindestbeträge für die Regelsätze nach § 22 BSHG, Art. 16 ABGSHG 2/3,12 - RK-Werbe- und Vertriebs-GmbH Gewinnliste der Gratis-Auslosung des DRK-Taschenbuches für 1974 1,5 -

NACHRICHTENTEIL

Sanitätskolonnen

Hans Lederer zum 10. Mal zum Losverkauf angetreten 2/3,14 - Nürnberg: Sanitäter mit Herz 4,5 - 1 Million Lose in 10 Jahren verkauft 4,6 -

Frauenbereitschaften

SHP-Jahresarbeitstagung 2/3,13 - Frauen für Mitarbeit in Sozialstation vorbereiten 4,7 - Ein großer Erfolg auch in Kelheim 4,8 -

Bergwacht

Bergwachtanwärterprüfung am Fleckl 4,9 -

Wasserwacht

Universität Regensburg zugleich eine Rettungsschwimmerschule 4,10 - Medizinische Masseure schließen ihr Staatsexamen mit der Rettungsschwimmer-Prüfung ab 4,11 - Wasserwacht Regensburg schulte Rehabilitanden um Umschüler 4,12 -

Besondere Meldungen

Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 34 (Januar bis Dezember 1974) 1, S. 11/12 - Unser Hinweis heute: Neuerwerbungen des Landesfilmdienstes Bayern: „Wie jeder andere auch ...“ - Speed - Warum rauchen. Der Körper des Menschen 4, S. 12 - Das gefiel uns besonders: Verein „Jugend hilft Leben retten“ überreichte in Neustädtlein Scheck und medizinisches Gerät 9/10, S. 12 - Anerkennung für die Helfer anlässlich des Eisenbahnunglücks bei Warngau am 8. 6. 1975 7/8, S. 1 -

Blutspendedienst

Mitteilungen des Blutspende-Dienstes 14. Jahrgang Nr. 1 im Mitteilungsblatt Nr. 7/8

Buchbesprechungen

Neuaufgabe: Lehrbuch und Leitfaden „Krankenpflegehelferin und -helfer“ von W. Heesen/D. Brück 1, S. 10 -

Totenehrentafel

Frau Lilly Biegi, Bamberg 1, S. 10 - Frau Marliese Wünnenberg - Herr ORR a. D. Dr. Franz Rössler - Herr Kreisgeschäftsführer i. R. Hans Fischer 4, S. 12 -

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 117 vom 2. 12. 1975: Anforderung von Sonderbussen
Nr. 118 vom 28. 11. 1975: Ausbildung im Katastrophenschutz 1 Lehrgänge an der Katastrophenschule Bayern 1976
Nr. 119 vom 5. 12. 1975: Zivildienst im Bayerischen Roten Kreuz; Neuregelung für Lehrgangsbordnungen
Nr. 120 vom 15. 12. 1975: Erhebung ABC-Fachdienst
Nr. 121 vom 18. 12. 1975: Personalangelegenheiten
Nr. 122 vom 18. 12. 1975: Kinder- und Jugenderholung 1976 Besichtigung von Häusern in Österreich und Südtirol
Nr. 1 vom 16. 1. 1976: Zusammenarbeit mit der Landespressestelle
Nr. 2 vom 13. 1. 1976: Ausbildungsprogramm Häusliche Krankenpflege; Fortbildungslehrgang vom 1. bis 5. 3. 1976 in Deisenhofen
Nr. 3 vom 15. 1. 1976: Jahresabschluß 1975
Nr. 4 vom 22. 1. 1976: Rettungsdienst; Geschäftsjahr 1976 Planung, Benutzungsentgelte, Bewirtschaftung, Leitstellenausbau

Eilmitteilungen

- vom 30. 12. 1975: Zusatzaltersversorgung
vom 8. 1. 1976: Rettungsdienst - Rechnungsstellung
vom 25. 1. 1976: Neufestsetzung der Sachbezugswerte ab 1. Januar 1976

FAHRZEUGWESEN

2. Krankenwagen zu kaufen gesucht

Herr Staatsanwalt Olaf Messner, 8221 Siegsdorf, Rudhart 2, Telefon 086 62/95 13, sucht zum Umbau als Campingwagen einen ausgesonderten Krankenkraftwagen Mercedes.
Herr Karl Schäffer, 87 Würzburg, Zweier Weg 15, sucht für seine Persienfahrt einen gebrauchten Krankenkraftwagen Typ Mercedes-Benz, möglichst mit Diesel-Motor.
Herr Andreas Reiner, Sanitätskolonne Neu-Ulm, sucht zum Umbau als Campingwagen einen VW-Kombi bzw. Krankenkraftwagen.
Herr Hamid Zenati, 8 München 22, Triftstr. 11/11, Telefon 089/22 42 37, sucht einen gebrauchten VW-Bus oder VW-Krankenkraftwagen, Baujahr ca. 1969-71.
Türkische Gasterbeiter suchen für ihren Heimatort einen gebrauchten Krankenkraftwagen Fabrikat VW, Ford oder Mercedes.
Die Firma Hofmann-Transporte, 8 München 40, Schellingstr. 81 (Laden), Telefon 089/2 80 06 02, sucht einen gebrauchten Krankenkraftwagen Mercedes-Benz Diesel (evtl. auch Benzin).
Kreisverbände, die einen solchen Krankenkraftwagen abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit den Genannten in Verbindung zu setzen. Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen sämtliche Krankentransporteinrichtungen, sowie Blaulicht, Beschriftung und evtl. vorhandene rote Dachstreifen vom Fahrzeug entfernt werden.

PERSONALWESEN

3. Verlustanzeigen von Dienstausweisen

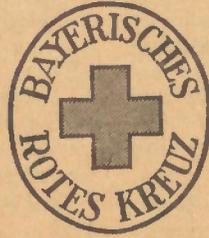
Nachstehende Dienstausweise bzw. Dienstbücher sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:
Kreisverband Landshut: Dienstausweis N-73, ausgestellt auf den Namen Hans Weitl, Landshut, Zwei-Brücken-Str. 725, 1. Vorsitzender.
Kreisverband Passau: Dienstausweis N-55, ausgestellt auf den Namen Ernst Hoffmann, Vilshofen, Schweiklbergstr., 1. Vorsitzender.
Kreisverband Nürnberg-Land: Dienstbuch und Dienstausweis M 13-1317/K, ausgestellt auf den Namen Alfred Klier, geb. 7. 6. 1956, 8505 Röthenbach, Donauschwabenstr. 14.

MITTEILUNGSBLATT

DES BAYERISCHEN

ROTEN KREUZES

26. Jahrgang Nr. 2



März/April 1976

B 21 345 F

Aus dem Inhalt:

Zum Weltgesundheitstag 1976
15 Millionen Blinde auf der Welt

Lugano: Session der Regierungsexperten-
konferenz über Waffen

Die Hilfe des IKRK in Vietnam

Internationale Hilfsaktionen des DRK
(ein Auszug)

Unterfränkische Wasserwacht: 1975
Erfolgreiche Breitenarbeit geleistet

Müttergenesungswerk: 200 Sonderkuren

Soziale Hilfen für Deutsche in Ost- und
Südosteuropa

Mehr Arbeitsplätze für Behinderte in
Bayern – Behinderung durch Umschulung
ausgleichen

Bayerisches Umweltschutzamt stellt Natur-
paradiese vor/Wissenschaftliche Beschrei-
bung aller Schutzgebiete

Aus dem Unfallverhütungsbericht:

Weniger Arbeitsunfälle – aber mehr
Berufskrankheiten

Bekanntmachungsteil

* * *

In eigener Sache:

Mit dieser Ausgabe (März/April 1976) wird das „Mitteilungsblatt“ aus Rationalisierungsgründen eingestellt. In Zukunft werden wichtige Aussagen zur Rotkreuz-Arbeit ihren Platz im „Rotkreuz-Echo“ finden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir allen Mitarbeitern und Lesern für ihr im allgemeinen gezeigtes Interesse danken.

Landesgeschäftsführer
Heinrich Hiedl

15 Millionen Blinde auf der Welt

Der Weltgesundheitstag 1976, am 7. April 1976, stand unter dem Motto „Verhütung und Bekämpfung der Erblindung“. Auf der ganzen Welt gibt es heute etwa 15(!) Millionen Blinde. Die Mehrzahl dieser Blinden lebt in den sogenannten Entwicklungsländern. Statistisch gesehen liegt die Blindenzahl pro 100 000 Einwohner in Afrika zwischen 500 und 1000, in Asien um 1000 und in Europa zwischen 50 und 200 Blinden.

Nach Expertenschätzungen sind in den Entwicklungsländern 80 Prozent der Erblindungen verhütbar oder zu behandeln. So etwa die Folgen von Infektionskrankheiten wie das Trachom (die „ägyptische Körnerkrankheit“ mit mehr als 500 Millionen Erkrankten in der ganzen Welt) und die Onchozerkose (die „afrikanische Flußkrankheit“), eine von Mücken übertragene Wurmkrankheit, die im Einzugsgebiet des Flußes Volta/Afrika sowie in einzelnen Flußgegenden Mittel- und Südamerikas vorkommt und bei etwa 20 Millionen Menschen zu Erblindungen führt. Eine weitere Krankheit, die zur Erblindung führt, ist die Keratomalazie. (Eine Trübung und Einschmelzung der Hornhäute.) Sie tritt bei schwerem Vitamin-A-Mangel auf. Allein in Indien verlieren jährlich 15 000 Kinder unter sechs Jahren endgültig das Augenlicht, weil sie an dieser medikamentös verhütbaren Mangelkrankheit leiden.

Der operationsreife, doppelseitige graue Star ist in manchen Ländern Ursache zahlreicher Erblindungen, weil die augenchirurgischen Möglichkeiten nicht ausreichen, die vielen starkranken älteren Leute in nützlicher Frist mit einer Operation zu heilen. An die fünf Millionen Menschen könnten mit diesem verhältnismäßig einfachen Eingriff wieder zum Sehen gebracht werden.

In den industrialisierten Ländern stehen andere Gesichtspunkte im Vordergrund. Zum Beispiel die Unfallverhütungsmaßnahmen (Tragen von Schutzbrillen) sowie Forschungsprojekte über zahlreiche, das Sehorgan betreffende Krankheiten wie Diabetes, Uveitis, Kreislaufkrankheiten, Virusentzündungen und Erbkrankheiten.

Durch Früherfassung von gravierenden Sehstörungen kann oft eine Erblindung verhütet werden. Auffällige Befunde bei Kindern wie Schielen, häufiges Tränen oder dauerndes Schmiereln, abnormes Blinzeln sowie ungleiche Größe oder Beschaffenheit beider Augen sollten dem Augenarzt gezeigt werden. Der gefürchtete grüne Star oder das Glaukom ist eine Krankheit älterer Leute, die bei Früherfassung und -behandlung nur in seltenen Fällen zur Erblindung führt.

Auch in den entwickelten Ländern gibt es Ursachen der Blindheit, die nicht behandelt werden können. Zahlreiche Erbkrankheiten führen im Laufe des Lebens zu schwerster Sehbehinderung. Sie sind grundsätzlich nicht behandelbar und können nur verhütet werden, wenn fortpflanzungsfähige Mitglieder betroffener Familien sich ausführlich und rechtzeitig erbgeneetisch beraten lassen und gegebenenfalls auf eigenen Nachwuchs verzichten.

In neuester Zeit werden große Anstrengungen unternommen, die Elektronik in den Dienst von Sehbehinderten zu stellen. Diese Vorhaben stehen noch in den Anfängen. Oftmals fehlt es an Geld. Trotzdem versuchen Arbeitsgruppen von Ärzten, Physikern und Ingenieuren – oft außerhalb jeder finanzkräftigen Organisation – diese Forschungsvorhaben voranzutreiben.

(Entnommen auszugsweise aus: „der Samariter“, 29. Jahrgang, Nr. 13)

Zweite Session der Regierungsexperten-Konferenz über Waffen

In Lugano tagte die – wie es offiziell heißt – „Regierungsexpertenkonferenz über Waffen, die unnötige Leiden verursachen oder unterschiedlos treffen können“. Die Konferenz wurde im Beisein von IKRK-Präsident Martin und IKRK-Vizepräsident Pictet eröffnet. Über hundert Regierungsexperten aus rund vierzig Staaten nehmen an der Konferenz teil, die bis zum 26. Februar dauerte. Françoise Bory von der Presse- und Informationsabteilung des IKRK erläutert nun Ziel und Arbeitsweise dieser Konferenz:

Die Experten untersuchten fünf Waffenkategorien: Brandkampfmittel (z. B. Napalmbomben, die den Menschen schreckliche Verbrennungen zufügen); kleinkalibrige Geschosse mit hoher Anfangsgeschwindigkeit (Munitionen, deren Kaliber kleiner ist als die Standardkugeln, deren Auswirkungen auf den menschlichen Körper noch nicht genügend bekannt sind); druckerzeugende und splitterbildende Munition (Geschosse mit vorausbestimmter Splitterbildung und Pfeilschrapnellgeschosse); verzögert wirkende Waffen (Zeitzünderbomben, die daran hindern, den Verwundeten die erforderliche Hilfe zu bringen); schließlich die künftigen Waffen (die fast der Science-fiction angehören, wenn man z. B. an die militärische Verwendung der Laserstrahlen denkt).

Die wohl bekannteste Waffenkategorie ist die der **Brandkampfmittel**. Es handelt sich um Waffen, die mit einer Vorrichtung versehen sind, die entweder durch Flammen oder durch die im Verlauf einer chemischen Reaktion freiwerdende Hitze Verbrennungen verursacht. Die Weißphosphor- oder Napalm-Brandbomben, welche die Luftwaffe abwirft, bzw. die von der Erde aus abgeschossenen Kampfmittel wie Flammenwerfer, Granaten, Raketen und Brandminen sowie die improvisierten Waffen wie „Molotow-Cocktails“ sind die bekanntesten Beispiele für die Vielfalt der Mittel, die es in dieser Kategorie gibt. Die dem menschlichen Körper verursachten Brandwunden sind äußerst schmerzhaft, die medizinische Behandlung heikel und langwierig, und die soziale Wiedereingliederung der verbrannten Personen ist oft sehr schwierig.

Die Gruppe der **kleinkalibrigen Geschosse mit hoher Anfangsgeschwindigkeit** umfaßt Munitionen, deren Kaliber unter 7,62 mm liegt (Standardmaß der allgemein gebräuchlichen Munitionen). Diese Geschosse können für alle möglichen Kampfmittel verwendet werden, vom Infanteriegewehr bis zur Vorrichtung eines Jagdflugzeugs. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie mit einer Geschwindigkeit, die doppelt so hoch wie die einer normalen Kugel ist, angetrieben werden. Es geht nun darum, in Erfahrung zu bringen, ob solche Geschosse bei den Menschen schwerere oder schmerzhaftere Verletzungen verursachen als die derzeit verwendeten Geschosse. Diesbezügliche Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu den **druckerzeugenden und splitterbildenden Kampfmittel** gehören einerseits alle Sprengkörper, die mit einem Brennstoff-Luft-Gemisch arbeiten, und andererseits Geschosse, welche ihrerseits kleinere Geschosse enthalten, die beim Aufprall zersplittern (Pfeilschrapnellgeschosse, Bombenbündel usw.) Die druckerzeugenden Kampfmittel verursachen durch die Druckwelle Verletzungen, deren Schwere von der Stärke des Aufschlags abhängt: z. B. Zerreißung des Trommelfells, innere Verletzungen, Gehirneblotien. Die durch splitterbildende Munition verursachten Verletzungen sind im allgemeinen sehr schwer, auch wenn sie in erster Linie von der Form, der Masse und der Geschwindigkeit der Splitter sowie der Stelle und Anzahl der getroffenen Organe und der Schnelligkeit und Art der medizinischen Betreuung abhängen.

Die **verzögernd wirkenden und heimtückischen Waffen** umfassen die verschiedenen Zeitzündler wie beispielsweise die mit Zeitzündler versehenen Bomben. Diese werden oft mit Brisanzbomben vermischt und sind besonders unmenschlich, weil sie die Hilfeleistung an die Verwundeten verhindern oder verzögern. Die getarnten Ladungen sind so unmenschlich, weil sie heimtückisch sind und unterschiedlos treffen.

Die Expertenkonferenz wird sich schließlich auch mit der Frage der **künftigen Waffen** befassen, die derzeit noch Gegenstand von Forschungsarbeiten sind oder ausgearbeitet werden und

welche die Verwendung von bisher nicht zu Zerstörungszwecke eingesetzten Elementen vorsehen. Hierzu gehören Laserstrahlen, Mikrowellen-, Infraschall- und Lichtblitzgeräte, Maßnahmen zur Veränderung des Wetters und des Klimas (geophysikalische Kriegführung), Veränderungen der natürlichen Umwelt (umweltbeeinflussende Kriegführung), seismische, akustische und magnetische Sensoren zur automatischen Auslösung einer Militäraction in einem überwachten Gebiet (elektronische Kampfführung).

In der ersten Sitzungsperiode der Konferenz, die im Herbst 1974 in Luzern stattfand, hatten die Experten von rund fünfzig Ländern nach einer langen Generaldebatte eine Liste der in jede dieser Kategorien einzureihenden Waffen aufgestellt und ihren Einsatz sowie die dem Menschen durch sie verursachten Verwundungen beschrieben. Heute geht es darum, Regeln aufzustellen, die von den Staaten angenommen und angewendet werden können, um den Einsatz dieser Waffen einzuschränken oder zu verbieten.

Im Gegensatz zu anderen Organisationen (**namentlich die Vereinten Nationen**) wird sich die Regierungsexpertenkonferenz also nicht mit Fragen der Herstellung und der Lagerung von Waffen befassen, sondern dem Problem ihres Einsatzes und vor allem ihrer schrecklichen Auswirkungen auf den Menschen.

Diese Arbeiten bilden in Wirklichkeit eine Ergänzung jener, die das IKRK und die Staatsgemeinschaft seit mehreren Jahren durchführen, um das humanitäre Völkerrecht weiterzuentwickeln, und die Genfer Abkommen neu zu gestalten. Übrigens hatten die Regierungen das IKRK auf der Diplomatischen Konferenz (deren 3. Sitzungsperiode im April 1976 in Genf stattfinden soll) gebeten, die Frage des Einsatzes bestimmter Waffen zu erörtern.

Die Konferenzarbeiten sind **keineswegs utopisch**, sondern durchaus in der allgemeinen Linie der von der internationalen Gemeinschaft zur Linderung der menschlichen Leiden in der Welt unternommenen Bemühungen. Auf der Ebene des einzelnen gilt es, Zivilpersonen bzw. Kombattanten übergroße Leiden zu ersparen (der Zweck einer Waffe besteht darin, den Gegner außer Gefecht zu setzen, aber nicht, ihn übermäßig leiden zu lassen); **ganz allgemein muß jedoch schon heute einer Entwicklung der Rüstung Einhalt geboten werden, die eines Tages der Welt verhängnisvoll werden kann.**

Die Hilfe des IKRK in Vietnam: Bedürfnisse nach wie vor beträchtlich

Das gemeinsame Organ der Liga der Rotkreuzgesellschaften und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) für die Koordination der Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes in Vietnam, das „Indochina-Büro“, erhielt den Bericht von Jean-Pierre Hocké über seine jüngste Mission nach Hanoi und Saigon. Jean-Pierre Hocké, dessen Mission fünfzehn Tage dauerte, ist Ko-Direktor des „Indochina-Büros“. Im Mittelpunkt der amtlichen Besprechungen standen Probleme der Fortführung der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes in Vietnam und insbesondere Fragen der Beschützertätigkeit, für die besonders das IKRK zuständig ist.

Die humanitären Bedürfnisse in Vietnam sind nach wie vor beträchtlich und dringend. Der Demokratischen Republik Vietnam ist daher vom Internationalen Roten Kreuz weitere Hilfe zugesagt worden (Bereitstellung von Medikamenten sowie Rotkreuz-Teilnahme an noch näher zu bestimmenden Hilfsprojekten).

Jean-Pierre Hocké und seine vietnamesischen Gesprächspartner erörterten auch das geplante „Programm 1976“; dieses sieht unter anderem die Lieferung von Medikamenten, Milch, Getreide und Rohstoffen (insbesondere Baumwolle) nach der Republik Südvietnam vor. Kostenpunkt: 8 Millionen Schweizer Franken für die Medikamente, 2 Millionen für Milch und 2 Millionen für Getreide und Rohstoffe.

Diese Hilfe kann allerdings nur dann erfolgen, wenn sie von den Regierungen und den nationalen Rotkreuzgesellschaften finanziell unterstützt wird; ein entsprechender Appell um Finanzhilfe wird demnächst vom Internationalen Roten Kreuz erlassen.

Während seiner Mission besuchten Hocké und die Rotkreuz-Delegierten von Hanoi und Saigon verschiedene vietnamesische Provinzen und konnten sich dabei über die Arbeit des Südvietnamesischen Roten Kreuzes informieren, insbesondere über die Verteilung internationaler Hilfsgüter durch die örtlichen südvietnamesischen Rotkreuzsektionen.

Seit 1973 hat das Internationale Rote Kreuz für die Vietnam-Hilfe (Nord und Süd) rund 112 Millionen Schweizer Franken ausgegeben.

(Quelle: revue international de la croix-rouge, Genf)

Internationale Hilfsaktionen des DRK

Für die Türkei

In den kommenden Wochen, bis etwa Mitte April, wird eine weitere umfangreiche Lieferung für den Türkischen Roten Halbmond zur Auslieferung kommen. In der Ausstattung befinden sich eine mobile Duschanlage und eine mobile Wäscherei (je auf einen LKW-Anhänger montiert). Dazu kommen dann noch von uns zwei 4-Tragen-Wagen, für diese Fahrzeuge wurden erstmalig 2 VW vom Typ LT 35 vorgesehen. Diese sehr breit angelegte technische Hilfe, und das muß ausdrücklich gesagt werden, hat volle Berechtigung.

Die Hilfsmaßnahmen des Türkischen Roten Halbmondes in Lice haben bestätigt, wie sehr es diese Organisation versteht, mit dem zur Verfügung stehenden Gerät wirkungsvolle Hilfe zu geben. Zusammen bzw. im Auftrag der Liga der Rotkreuzgesellschaften läuft noch eine sehr umfangreiche LKW-Beschaffung. Die Auslieferung wird etwa Mitte April erfolgen, so daß dann diese LKW, die erwähnten Fahrzeuge und die Dusch- und Wäschereianlage zusammen nach Ankara durch uns überführt werden. Als Abschluß der Hilfsaktionen in Zusammenhang mit dem Erdbeben in Lice, ist das Arbeitszentrum in Lice zu erwähnen. Wir warten auf das Winterende, damit das für den Versand bereitliegende Fertighaus nach Lice gebracht und dort aufgebaut werden kann.

Wolldecken für das IKRK

Bereits 1975 stellten wir dem IKRK 2000 Wolldecken zur Verfügung. Das IKRK berichtete uns Anfang Januar, daß 500 dieser Wolldecken nach Angola und 1500 Stück in die West-Sahara für obdachlose Frauen und Kinder geliefert wurden. Das IKRK war dem DRK für diese Verfügungsreserve sehr dankbar und bat um Wiederauffüllung dieses Bestandes. Eine erneute Lieferung von 2000 Wolldecken an das Lager des IKRK in Genf erfolgte Anfang dieses Monats.

Für Bangladesh

In Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im damaligen Ost-Pakistan (jetzt Bangladesh) finanzierte das DRK auf Bitten der Liga der Rotkreuzgesellschaften sogenannte „Emergency-Food-Packs“. Diese Behältnisse wurden seinerzeit in Singapur beschafft und gepackt und von dort aus dem Roten Kreuz in Bangladesh für die eingerichteten Schutzburgen im Gangesdelta zur Verfügung gestellt. Mit dieser Maßnahme sollte erreicht werden, daß die schutzsuchende Bevölkerung bei Überschwemmungen das Nötigste zum Überleben vorfindet. Die Liga der Rotkreuzgesellschaften gab uns einen ausführlichen Erfahrungsbericht über diese Maßnahme. Wir kamen daher der Bitte der Liga gerne nach, nochmals 5000 dieser „Emergency-Food-Packs“ zu liefern.

Der Inhalt eines runden Blechbehältnisses (dieses eignet sich schon um Wasser zu holen) besteht aus: Reis, Salz, Zucker, Speiseöl, Tee, Milchpulver, Seife, Kerzen, Streichhölzern, 1 Kochtopf, 3 Rettungsdecken und aus einem kleinen Esbit-Kocher und hat ein Gewicht von rd. 15 kg.

Diese 5000 Behälter wurden am 20. Februar 1976 in Bremen verschifft. Wir sind fest davon überzeugt, daß auch diese Aktion für Bangladesh, wenn die Not dort wieder groß sein wird, eine wirkungsvolle Hilfe für die Bevölkerung ist.

Für Guatemala

Die letzten offiziellen Zahlen, die uns von der Liga nach den katastrophalen Ereignissen in Guatemala gegeben wurden, lassen in etwa das Ausmaß dieser Katastrophe erkennen:

22 402 Tote
74 415 Verletzte
1 160 969 Obdachlose

Damit wurde rund ein Drittel der Bevölkerung betroffen.

Die erste Hilfslieferung des DRK startete am 8. Februar mit einem gecharterten Frachtflugzeug der Deutschen Lufthansa nach Guatemala. Die Ladekapazität betrug 34,7 to, man muß also sagen, die Maschine war bis zum „Rand“ beladen.

Die Berichte aus dem Katastrophengebiet in den nachfolgenden Tagen bestätigten, daß diese Hilfslieferung genau ins „Schwarze“ getroffen hat, denn es wurde darüber berichtet, daß zwei Zelt-Städte im Katastrophengebiet mit Zelten des DRK errichtet wurden.

Im Wissen um die große Not, nicht zuletzt auch aufgrund des Berichtes unseres Beauftragten, wurde kurzfristig eine zweite Sendung fast gleichen Inhalts zusammengestellt, nämlich 1500 Wolldecken, 1610 Zelte, 6 to Verbandsmaterial und 40 Groß-Zelte. Auch dieser Transport wurde wieder durch einen Beauftragten des DRK begleitet, der nach seiner Rückkehr von der schnellen Verteilung dieser Lieferung berichtete.

Uns liegt der Bericht der deutschen Botschaft aus Guatemala-City vor, daß wir mit diesen Hilfslieferungen als erste europäische Rotkreuz-Gesellschaft wirkungsvoll haben helfen können.

Dank der großen Spendenfreudigkeit der deutschen Bevölkerung (Stand Februar: Mehr als 4,5 Millionen Mark) können wir nun an langfristige Maßnahmen denken. Wir wissen, daß sich der Disaster-Relief-Coordinator der Vereinten Nationen, Herr Botschafter Berkol, und der Under-Secretary General for Relief der Liga, Herr Bighinatti, in Guatemala befinden, um zusammen mit der dortigen Regierung und der Rotkreuz-Gesellschaft von Guatemala weitere Hilfsmaßnahmen abzustimmen.

Ehrenzeichen des DRK für Exkanzler Ludwig Erhard

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Staatssekretär a. D., Walter Bargatzky, überreichte dem früheren Bundeskanzler Prof. Erhard an dessen Bonner Wohnsitz das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes. Namens des Präsidiums des DRK würdigte er damit die Verdienste des Altbundeskanzlers Prof. Erhard um das Rote Kreuz. Während seiner Kanzlerschaft (Oktober 1963 bis Dezember 1966) hat Bundeskanzler a. D. Prof. Erhard sich bei wiederholter Gelegenheit für die Belange des DRK eingesetzt. Insbesondere war es vor allem seiner Initiative, unternommen nach seiner Amerikareise im Dezember 1965, zu verdanken, daß das Hospitalschiff „Hergoland“ nach Vietnam entsendet werden konnte. Im Verlauf dieser bedeutungsvollen humanitären Aktion des Roten Kreuzes auf dem damaligen vietnamesischen Kriegsschauplatz hat Prof. Erhard geholfen und dazu beigetragen, mit diesem reinen Rotkreuz-Einsatz eine unparteiliche Hilfe für eine große Zahl von verwundeten und kranken Zivilisten zu ermöglichen.

DRK-Präsident bei vier afrikanischen Rotkreuzgesellschaften

Mit den Repräsentanten von vier westafrikanischen Rotkreuzgesellschaften will der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, auf einer zehntägigen Reise durch mehrere Länder des Schwarzen Kontinents zusammentreffen. Bargatzky besucht die Volksrepublik Benin (Dahomey) sowie Togo, Nigeria und die Elfenbeinküste. In Porto Novo, der Hauptstadt Benins, stattet der DRK-Präsident, der vom Generalsekretär der Liga der Rotkreuzgesellschaften, Henrik Beer, begleitet wird, dem Jugendzentrum, das von Freiwilligen des Deutschen Jugendrotkreuzes (JRK) errichtet wurde, einen ersten offiziellen Besuch ab.

Das Zentrum ist eine internationale Begegnungsstätte und dient der Schulung und Ausbildung Jugendlicher in Erster Hilfe und anderen Aktivitäten, die das Rote Kreuz in Benin erst seit kurzem betreibt. Es wird von einem deutschen Rotkreuzbeauftragten geleitet. DRK-Präsident Bargatzky wird sowohl vom Staatspräsidenten der Volksrepublik Benin als auch vom Togoischen Staatspräsidenten in Lomé empfangen. In der Hauptstadt Benins stehen außerdem Gespräche mit der Staatsregierung sowie Besuche sozialer Einrichtungen auf dem Programm.

Unterfränkische Wasserwacht: 1975 erfolgreiche Breitenarbeit geleistet

Die Wasserwacht des BRK in Unterfranken konnte sich auch in ihrem 30. Jahr behaupten und die Aufbauarbeit erfolgreich weiter fortsetzen. So konnte bei den Mitgliederzahlen die Grenze von 10000 überschritten werden. Der Bezirk hatte am 31. 12. 1975 10054 zahlende Mitglieder, das bedeutet einen effektiven Zuwachs von 1036 Mitgliedern. Davon sind 3246 aktiv und 6808 Förderer. Zu den Förderern gehören Gemeinden, Vereine und Firmen. Unter den Aktiven befinden sich 52 Ärzte, und 55 weibliche sowie 350 männliche Lehrscheinhaber. Um aufzuzeigen, wie rasch sich die Mitgliederzahl entwickelte, hier einige Vergleichszahlen: Mitglieder 1970: 6080, 1972: 6979, 1974: 9018.

Ganz groß wurde auch im abgelaufenen Jahr das „Schwimmen lernen“ geschrieben. So konnten insgesamt 28093 Schwimmzeugnisse ausgestellt werden. Im Vergleich 1974: 21969 Zeugnisse. Dieser Aufwärtstrend hängt eng mit der Beteiligung der unterfränkischen Schulen im Schulschwimmwettbewerb 1974/75 auf Landesebene zusammen. Von den insgesamt 419 beteiligten Klassen waren 121 aus Unterfranken.

An Lehrgängen des Bezirks nahmen 1975 268 Personen als Aktive teil. Im Wachdienst wurden 74239 Stunden geleistet. 11205 mehr als im Jahre 1974. Acht Rettungen vom Tode des Ertrinkens und 5326 Erste-Hilfe-Leistungen an Land zählen mit zur Bilanz 1975. Gegenüber sieben (1974) mußten aber im Vorjahr 19 Totenbergungen durchgeführt werden.

Im Naturschutzdienst wurden in 7941 Stunden 1637 Streifen durchgeführt und 215 Beanstandungen ausgesprochen. Der Bezirk Unterfranken verfügt gegenwärtig über 183 voll ausgebildete Bootsführer sowie über 45 Tauchsatzgruppen mit zusammen 96 B-Tauchern und 50 A-Tauchern.

Außer zahlreichen Werbeveranstaltungen, Übungen für die Weiterbildung der Aktiven wurden Volksschwimmen, Alten- und Behindertenschwimmen sowie Lehrgänge für Frühschwimmer durchgeführt. Beim Seniorenschwimmen der Abteilung Würzburg haben bis Ende 1975 12000 (!) Personen teilgenommen.

Die Aktion „Rette Dein eigenes Leben“ wurde in Unterfranken mit dem Tage der Wasserwacht am 12. Juli 1975 begonnen. Dabei liegen von den verschiedenen Ortsgruppen gute Ergebnisse vor. Bei der 12. Panzer-Division fand zum achten Mal eine Siegerehrung im gemeinsamen Rettungsschwimmwettbewerb

BRK-Wasserwacht/DLRG durch die beiden Bezirksleitungen mit dem Kommandeur, General Kleffel, statt. Die DLRG war wieder durch den Vizepräsidenten Zimmermann vertreten.

Am überbezirklichen 6. Langstreckenschwimmen in Volkach haben 1975 162 Personen, darunter acht Frauen, als Aktive teilgenommen. An 85 Rettungsstationen macht die Wasserwacht in Unterfranken Dienst. Die Wasserwacht verfügt dabei in Unterfranken über 33 Motorrettungsboote und 79 komplette Ausrüstungen. Darüber hinaus sind vier Einsatz-Kfz mit Funk-sprechgeräten vorhanden. Außerdem 14 tragbare Funksprechgeräte sowie eines im Motorrettungsboot des Wasserrettungszugs.

Der Wasserwacht-Bezirk Unterfranken gliedert sich in neun Abteilungen, 73 Ortsgruppen und fünf Stützpunkte.

Gebt den Umsiedlern eine Starthilfe!

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege möchten Sie über einen Personenkreis informieren, von dem Sie in der letzten Zeit häufig in der Zeitung gelesen, im Fernsehen und Rundfunk gehört haben: die **Umsiedler aus den ost- und südost-europäischen Staaten**. Es sind Deutsche, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der Familienzusammenführung und aufgrund politischer Vereinbarungen auf eigenen Entschluß zu uns kommen.

Es sind

- Deutsche aus der Volksrepublik Polen, aus den früheren Gebieten Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens
- Deutsche aus der UdSSR, durch die Kriegereignisse teilweise bis nach Sibirien verschlagen
- Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben aus Rumänien
- Deutsche aus der CSSR und Ungarn.

Sie nehmen das Wagnis eines neuen Anfangs auf sich. Sie wollen als Deutsche unter Deutschen leben und erwarten von uns unter anderem:

- Befreiung aus ihrer Minderheitensituation
- deutsche Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder
- Freizügigkeit und bessere Lebensbedingungen.

Sie haben teilweise 15 bis 20 Jahre auf ihre Ausreisegenehmigung gewartet. Sie kommen, gemessen an unseren Ansprüchen, aus bescheideneren Verhältnissen. Nur 8 bis 10 Prozent der jetzt Eintreffenden sind über 65 Jahre alt. Die Älteren durften zum Teil schon vor Jahren ausreisen.

Der vorgezeichnete Weg der Umsiedler in der Bundesrepublik Deutschland sieht so aus: Alle Umsiedler werden entweder im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen oder, falls sie aus südosteuropäischen Staaten einreisen, im Durchgangslager Nürnberg registriert. Falls sie Unterkunft bei Verwandten finden, reisen sie von dort in die jeweiligen Orte. Die Mehrzahl der Umsiedler wird allerdings in Landesdurchgangslager eingewiesen und von dort in Übergangwohnheime der Städte oder Kreise. (Ausgenommen in Niedersachsen.) Das unerfreuliche und teilweise sehr belastende Lagerleben kann den Umsiedlern nicht erspart werden, bis sie schließlich eine eigene Wohnung beziehen.

Umsiedler warten auf Ihr Verständnis und Ihre Hilfe bei ihrer Eingliederung in unsere Gesellschaft. Sie kommen aus einem Gesellschaftssystem, das uns fremd ist. Ihre Vorstellungen vom Leben in der Bundesrepublik Deutschland sind oft einseitig oder gar falsch.

Bitte suchen Sie das Gespräch. Im Gespräch mit Ihnen lernen die Umsiedler die Realitäten zu erkennen und sowohl ihre Möglichkeiten als auch ihre Grenzen richtig einzuschätzen. Erleichtern Sie ihnen und ihren Kindern aktiv das Hineinfinden in unsere Gesellschaft. Dabei zählen vor allem Verständnis und Hilfsbereitschaft gerade in den kleinen Dingen des Alltags, die aus der Sicht des Umsiedlers große Probleme sein können.

Die deutschen Sprachkenntnisse sind wegen des fehlenden deutschen Schulunterrichts, je später die Umsiedler zu uns kommen, desto geringer. Sie sind je nach Herkunftsland verschieden. Ihr Gespräch mit ihnen hilft Sprachhemmungen abzubauen und unterstützt angebotene Sprachkurse.

Unser Erziehungs- und Unterrichtsstil sowie unsere Schulsysteme unterscheiden sich von denen ihrer Herkunftsländer. **Kinder und Jugendliche haben es daher am schwersten.** Erleichtern Sie diesen jungen Menschen das Hineinwachsen in die für sie fremde Umwelt. Schaffen Sie Familienkontakte und fördern Sie das Einleben durch Aufnahme in Ihre Jugendgruppen und Vereine. **Das sollte an jedem Ort geschehen!**

1976: 200 Sonderkuren des Müttergenesungswerkes

Auch für 1976 bietet das Müttergenesungswerk wieder Sonderkuren an – „Sonderkuren“, weil sie entweder besonders „problematisch“ sind oder etwas „Besonderes“ darstellen. **Der größte Teil der 200 Kuren ist für Mütter behinderter Kinder gedacht (85)** – dort, wo gleichzeitig das behinderte Kind mit aufgenommen bzw. es gleichzeitig in einer speziellen Einrichtung untergebracht wird, ist dies im „MGW-Sonderkurenplan“ vermerkt.

Dazu eine Bemerkung: daß Mutter und Kind gleichzeitig ins selbe Heim gehen, sollte – aus guten Gründen – die Ausnahme sein. Denn das Ziel des „Kurlaubs für Mütter“ ist ja immer, die Mutter einmal vollständig vom Alltag zu entlasten. Unsere Vermittlungs- und Beratungsstellen raten und helfen dazu nach Kräften. Und noch eins: leider können die meisten unserer Häuser schwerstbehinderte Kinder (noch) nicht mit aufnehmen. Wir bitten um Verständnis dafür, daß unser Platzangebot für solche Fälle noch äußerst bescheiden ist.

Andere Sonderkuren sind für Mütter mit speziellen eigenen Problemen gedacht: für selbst behinderte Mütter einschließlich für zuckerkrankte Mütter (10), für psychisch behinderte Mütter (15), für Mütter, die unter ärztlicher Aufsicht ihr Gewicht reduzieren möchten (48), für Mütter, die alleinstehen (17). Man beachte auch die Sonderkuren mit besonderen Programmangeboten (z. B. mit einem speziellen Herz-Kreislauf-Training). Diese Sonderkuren stehen allen Frauen mit Sonderproblemen offen, wenn sie Kinder zu versorgen und zu erziehen haben. Natürlich kann man, wenn man es wünscht, auch in eine allgemeine Kur aufgenommen werden – sie ist keineswegs etwas Minderwertiges.

Mehr als 100 Häuser des MGW haben die besondere Heilanzeigen „Herz-, Kreislauf- und Gefäßerkrankungen“, 73 sind speziell geeignet für Erkrankungen der Atmungsorgane (davon 29 speziell für Asthmaerkrankungen bei Müttern und/oder Kindern), fast ebensoviele bei Erkrankungen des Bewegungsapparates. Und hier noch weitere Heilanzeigen: Frauenleiden (41), Verdauungs- und Stoffwechselstörungen (37), Klimahelikuren (16), Seeheilbäder (16); besondere Betreuung finden krebserkrankte Frauen in den allgemeinen Kuren von 16 Häusern. Und schließlich haben 30 Häuser ein regelmäßiges Angebot für jede Kur an psychologisch orientierten Behandlungen (z. B. autogenes Training, spezielle Gruppentherapie). Über 50 Häuser haben eine komplette Kneippanlage, 25 ein eigenes Schwimm- oder Bewegungsbad.

Soziale Hilfen für Deutsche in Ost- und Südosteuropa

Hilfsleistungen für Deutsche in Polen, Ungarn und in der CSSR. Auch heuer ist es wieder möglich, Unterstützungen in Form von Wertgutscheinen an hilfsbedürftige Deutsche in den obenerwähnten Ländern zu vermitteln. Zu diesem Zweck erhalten die Kreisverbände, wie schon in den vergangenen Jahren, die

notwendigen Unterlagen zur Einholung von Bestellungen für die als hilfsbedürftig erfaßten Personen übersandt. Die Unterlagen sind umgehend den betreffenden Helfern/Angehörigen zu übermitteln und es ist dafür zu sorgen, daß die ordnungsgemäß ausgefüllten Bestellscheine so rasch wie möglich wieder an den LND zurückgegeben werden. Sollte es im Einzelfall aus irgendwelchen Gründen nicht zu einer Bestellung kommen, sind die Unterlagen mit einem diesbezüglichen Vermerk ebenfalls an den LND zurückzusenden.

Eine baldige Erledigung der Bestellungen ist notwendig, damit u. U. an besonders Bedürftige noch in diesem Jahr eine zweite Hilfsleistung getätigt werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß der Erhalt der ersten Sendung bestätigt wurde. 1975 konnten infolge kurzfristiger Mittelkürzung nicht mehr alle Zweitbestellungen abgewickelt werden. Diese werden, nachdem die Bestellscheine beim LND noch vorliegen, 1976 vorrangig behandelt.

Hilfssendungen an Deutsche in Rumänien

Bekanntlich hatte die rumänische Regierung verfügt, daß infolge der Überschwemmungskatastrophe alle Bürger des Landes bis zum 31. 12. 1975 Waren aus dem Ausland zollfrei erhalten konnten. Die Zollfreiheit wurde nicht verlängert. Auch ist bis heute noch nicht bekannt, ob von hier aus die Vorverzollung von Waren wieder erlaubt sein wird. Aus diesem Grunde ist es vorerst nicht möglich, Sendungen im Rahmen der „Sozialen Hilfen“ auf den Weg zu bringen. Sobald es neue Bestimmungen evtl. wieder gestatten, dem bei uns erfaßten Personenkreis zu helfen, erhalten die Kreisverbände sofort Nachricht. Unter Umständen wird es dann notwendig werden, Bestellungen wie schon 1975 kurzfristig hereinzuholen. Sollten aus den Bestellungen 1975 Helfer bzw. Angehörige noch im Besitz der roten Rückscheine, die den Erhalt des Paketes durch den Empfänger bestätigen, sein, so sind diese dem LND zu übersenden. Auch briefliche Bestätigungen sind dem LND bekanntzugeben.

Paketversand in die UdSSR

Die Kreisverbände werden dringend gebeten, anhand der dort vorliegenden rosa Kontokarten und der darauf vermerkten Verfügungsbeträge schon jetzt Bestellungen, nach Rücksprache mit den Angehörigen, aufzugeben. Sollten keine Alimex-Bestellscheine und Kataloge vorrätig sein, so können diese angefordert werden. 1975 wurde diese Hilfsmöglichkeit von verschiedenen Kreisverbänden, ohne daß uns die Gründe mitgeteilt wurden, nicht genutzt, so daß die dafür vorgesehenen Beträge zurückgegeben werden mußten. **Einsendeschluß für alle Bestellungen ist der 15. Oktober 1976.**

Sofortmaßnahmen für Lärmgefährdete

Die Erkenntnis, daß die Zahl der Lärmgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland weit größer ist als die je von einer anderen Berufskrankheit betroffene Anzahl von Personen, hat dazu geführt, daß die Gewerbeaufsicht in den letzten Jahren in zunehmendem Maße auf dem Gebiet „Schutz vor Lärm am Arbeitsplatz“ tätig wurde.

Außer der verstärkten Beachtung des Lärmschutzes bei den Betriebsbesichtigungen wurden zwei gezielte Aktionen in den lautstärksten Gewerbegruppen durchgeführt.

Auf Veranlassung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung wurden durch die Gewerbeaufsicht in Bayern in etwa 750 der lärmintensivsten Gewerbebetriebe mit insgesamt 300 000 Beschäftigten Schallpegelmessungen vorgenommen. **Die 20 000 dabei als gehörgefährdet festgestellten Arbeitnehmer** wurden zwischenzeitlich alle einer audiometrischen Untersuchung zugeführt. Als Sofortmaßnahmen wurden die Benutzung von persönlichen Schallschutzmitteln, die Kennzeichnung der Lärmbereiche und in den besonderen Fällen eingehendere ärztliche Untersuchungen veranlaßt. Oberstes Ziel darüber hinaus bleibt jedoch, die Entstehung des Lärms im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten soweit wie möglich zu mindern und zu verhüten.

Mehr Arbeitsplätze für Behinderte in Bayern

Der Erste Bayerische Landesplan für Behinderte von 1974 hat sich eine verstärkte Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe zum Ziel gesetzt. Dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung war es möglich, insbesondere auch die Förderung von teilstationären Werkstätten für Behinderte erheblich zu intensivieren. Für die Schaffung dieser Einrichtungen wurden von 1973 bis 1975 an Zuschüssen (einschließlich Landesmittel aus dem 2. Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung 1974) gewährt:

**1973: 4 847 000 DM,
1974: 7 368 000 DM,
1975: 8 016 500 DM.**

Die Förderungsmittel haben sich somit gegenüber 1973 im Jahr 1974 um 52 v. H. und im Jahr 1975 um 65 v. H. erhöht. Auf diese Weise konnte zum Teil auch der Ausfall ursprünglich vorgesehener Darlehen und Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit ausgeglichen und die Weiterführung der durch die Kürzungen in ihrer Realisierung gefährdeten Projekte sichergestellt werden.

Die vom Staatsministerium 1974 und 1975 gewährten Zuschüsse waren zur Förderung des Neubaus oder zur Erweiterung von 23 Werkstätten für Behinderte in allen Regierungsbezirken bestimmt. Es handelt sich um die Werkstätten in Ahorn bei Coburg, Altdorf bei Landshut, Amberg, Ansbach, Augsburg, Bruckberg bei Ansbach, Cham, Deggendorf, Eggenfelden, Freising, Freyung, Fürth, Hammelburg, Hohenroth bei Bad Neustadt, Irchenrieth bei Weiden, Kempten, Landau a. d. Isar, München (Barlachstraße), Passau, Pocking, Schmerlenbach bei Aschaffenburg, Schwandorf und Senden bei Neu-Ulm.

Nach Fertigstellung der Vorhaben, die im wesentlichen 1976 oder 1977 zu erwarten ist, werden in Bayern neben den vorhandenen Plätzen in stationären Einrichtungen über 4000 angepaßte Arbeits- und Beschäftigungsplätze für Behinderte in Tageswerkstätten zur Verfügung stehen. Das ist mehr als ein Drittel des auf 1 Platz je 1000 Einwohner geschätzten Bedarfs. In Bayern sind entsprechend seiner Einwohnerzahl annähernd 11 000 teilstationäre Werkstattplätze erforderlich.

Es ist das Bestreben der Staatsregierung dazu beizutragen, daß das in den einzelnen Regierungsbezirken und Planungsregionen noch unterschiedlich dichte Netz von Tageswerkstätten für Behinderte in den kommenden Jahren zügig ausgebaut und zumindest die größeren Lücken nach Möglichkeit bis etwa 1980 geschlossen werden. Daneben ist es dringend erforderlich, die Arbeitsmöglichkeiten für Behinderte in stationären Einrichtungen quantitativ und qualitativ zu verbessern. Ob das Ziel erreicht wird, hängt neben dem verdienstvollen Engagement der Wohlfahrts- und Behindertenverbände als Träger der Einrichtungen maßgeblich davon ab, in welchem Umfang

künftig öffentliche Förderungsmittel von Kommunen, Land und Bund für diesen Zweck verfügbar sind. Der Schaffung besonderer Arbeitsmöglichkeiten für unsere behinderten Mitbürger kommt gerade auch in Zeiten einer verschlechterten Arbeitsmarktlage große Bedeutung zu.

Behinderung durch Umschulung ausgleichen!

Staatsminister Dr. Fritz Pirkel bewilligte dem Berufsförderungswerk Nürnberg gemeinn. GmbH eine Zuwendung von 2,0 Millionen DM. Das Darlehen wird für den Neubau eines Umschulungszentrums für erwachsene Behinderte in Nürnberg verwendet.

Das Berufsförderungswerk Nürnberg wird nach seiner für 1978 geplanten Fertigstellung ein weiteres Zentrum der beruflichen Rehabilitation in Bayern sein und der Umschulung erwachsener Behinderter dienen. Diese Aufgabenstellung und der bestehende Bedarf an entsprechenden Ausbildungsangeboten bedingen eine Größenordnung von 450 Umschulungs- und Internatsplätzen.

Staatsminister Dr. Pirkel erhofft sich von der beruflichen Rehabilitation in einem Berufsförderungswerk, daß die Behinderten durch besonders qualifizierte Umschulung soweit wie möglich ausgeglichen wird. Dies erfordert eine Anwendung moderner Lehr- und Lernsysteme sowie ein breitgefächertes Ausbildungsangebot, das auf die künftigen arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse ausgerichtet ist. Die Umschulung wird nach den Methoden der Erwachsenenbildung durchgeführt und dauert in der Regel 18 Monate. Eigene medizinische, psychologische, sportliche und soziale Fachdienste stellen die ausbildungsbegleitende Betreuung der erwachsenen Behinderten sicher.

Gesellschafter des Berufsförderungswerkes Nürnberg sind das Rehabilitationswerk des VdK Deutschlands, der VdK-Landesverband Bayern und die fünf bayerischen Landesversicherungsanstalten.

Lexikon informiert Behinderte

Jetzt können Behinderte und ihre Angehörigen leichter durch den Behörden-Dschungel finden. Der Bezirk Oberbayern hat eine neue Auflage des Handbuchs für Behinderte herausgebracht. Bezirkstagspräsident Georg Klimm: „Dieses Lexikon soll Kranken und Behinderten den Gang durch die Irrwege der Zuständigkeit erleichtern. Das ist praktisch ein Rezeptbuch gegen Buchbinder-Wanninger-Methoden.“ Zusammengestellt wurde das Nachschlagewerk von Dr. Dilling, Oberarzt an der Psychiatrischen Universitätsklinik München.

In Lexikonform gibt es erschöpfende Auskunft zu Stichworten wie: therapeutische Clubs und Kommunikationszentren, Sozialdienste, Eingliederungs- und Übergangsheime, Fachkrankenhäuser und -kliniken, Beratungsstellen für Suchtkranke, Einrichtungen zur Behandlung Drogenabhängiger, Werkstätten und Schulen für Behinderte, Erziehungs- und Eheberatungsstellen, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Wohn- und Altenheime.

Dieses Handbuch soll auch bei der künftigen Planung für die Versorgung psychisch und neurologisch Kranker in der Stadt und im Landkreis München als Leitfaden Verwendung finden.

Kostenlos ist die Broschüre bei der Pressestelle des Bezirkstages Oberbayern, Widenmayerstraße 4/II, 8000 München 22, erhältlich.

Bußgeldkatalog für Abfallsünder

Geldbußen bis zu 5000,- DM sieht der Bußgeldkatalog zum Abfallbeseitigungsgesetz vor, der zum 1. Januar 1976 in Kraft trat. Die Verwarnungs- und Bußgelder sind nach Art, Größe und Menge der Abfallgegenstände gestaffelt. Sie sind Regel- und Rahmensätze für „vorsätzliche Zuwiderhandlungen“. Die Verwaltungsbehörde muß in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts ein Abweichen von den Rahmensätzen erfordern. Erschwerend kann für einen Sachverhalt beispielsweise sein, wenn der Betroffene aus dieser Handlung wirtschaftliche Vorteile zieht oder seine Tat in Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes steht. Der Bußgeldkatalog geht auf eine Empfehlung der Umweltministerkonferenz zurück, die eine in den Bundesländern einheitliche Praxis bei der Behandlung von Ordnungswidrigkeiten gegen das Abfallbeseitigungsgesetz anstrebt.

Bis zu 1000,- DM soll künftig die ungeordnete Beseitigung eines Autowracks kosten, für eine verbotene Ablagerung von Gegenständen wie Radio, Kinderwagen, Matratzen, Schränkchen oder Kisten muß der Betroffene bis zu 150,- DM auf den Tisch legen, bei mehreren Stücken das Doppelte. Sperrmüll über ein Kubikmeter bzw. über zwei Zentner kann Bußgeld von 400,- DM bis 1500,- DM, die ungeordnete Ablagerung von Bauschutt bei Mengen über 5 Kubikmeter von 600,- DM bis 1500,- DM einbringen. Bis zu 20,- DM soll das Verwarnungsgeld bei einer ungeordneten Beseitigung von geringen Mengen pflanzlicher Abfälle betragen, bei größeren Mengen muß der Betroffene erheblich tiefer in die Tasche greifen, bis zu 500,- DM Strafe kann für solche Vergehen ausgesprochen werden.

Ähnliche Bußgeldkataloge werden auch für Vergehen in anderen Umweltbereichen wie Immissionsschutz, Naturschutz oder Wasserreinhaltung ausgearbeitet.

Umweltschutzamt stellt Naturparadiese vor

Wissenschaftliche Beschreibung aller Schutzgebiete

Eine umfassende, wissenschaftliche Beschreibung aller oberbayerischen Naturparadiese bietet jetzt erstmals das Bayerische Landesamt für Umweltschutz an. In der neuesten Ausgabe der Schriftenreihe „Naturschutz und Landschaftspflege“ sind sämtliche 56 Naturschutzgebiete, 223 Landschaftsschutzgebiete und 1365 Naturdenkmäler akribisch zusammengestellt worden. Dieses Werk ergänzt damit die mehr statische Loseblattsammlung über bayerische Schutzgebiete. Ähnliche Zusammenstellungen sind für die übrigen fünf Regierungsbezirke bereits in Planung; von Unterfranken liegen sie schon vor.

Die Verfasser haben es sich mit ihrer Arbeit nicht leicht gemacht. Wissenschaftliche Veröffentlichungen oder ausführliche Beschreibungen lagen nur für wenige Schutzgebiete in Oberbayern vor. Eigene Forschungen waren erforderlich, um diese Gesamtschau von Naturparadiesen zu erstellen.

Für geologisch Interessierte eine Fundgrube: die verschiedenartigen oberbayerischen Landschaftsräume werden in ihren Erscheinungsformen genau beschrieben, so die Alpen, von der Eiszeit geprägte Räume, das Schichtstufenland sowie Karstformen. Was hier wissenschaftlich ausgeführt ist, ist auch für Laien verständlich. Auch Naturkundler und Biologen kommen ausgiebig auf ihre Kosten. So werden in einer vegetationskundlichen Übersicht die alpinen Vegetationseinheiten, Waldgebiete und Waldgesellschaften auf Sonderstandorten vorgestellt. Ebenso dürfen die bekannten „Roten Listen“ der bedrohten Farn- und Blütenpflanzen und der gefährdeten Vogelarten nicht fehlen.

Nach einer kurzen naturräumlichen Übersicht für die Kreisgebiete Oberbayerns sind sämtliche, bis zum 1. Januar 1975 öffentlich bekannt gemachten Natur- und Landschaftsschutzgebiete aufgeführt und in einem beschreibenden Text charakterisiert. Das geht von den Quellsümpfen bei Buch im Kreis Altötting bis zum Haslacher See im Landkreis Weilheim-Schongau.

Sämtliche Naturschutzgebiete spiegeln den reichgearteten und überaus erlebnishaften Charakter des oberbayerischen Landes wider. Da gibt es alpine Naturschutzgebiete wie die Ammergauer Berge, Arnspitze bei Mittenwald, Hochkienberg, Dürnbachhorn, Sonntagshorn, Inzeller Kienberg und Staufen in den Chiemgauer Alpen, Karwendel und Karwendelvorgebirge, Königsseegebiet und Schachen und Reintal im Wettersteingebirge. Groß ist auch die Zahl der geschützten Moore und Filze. Aber auch Reliktwälder wie die Echinger Lohe (Freising), der Eibenwald bei Paterzell (Weilheim-Schongau), die Hirschauer Steilhalde (Weilheim-Schongau) und Oberes und Unteres Seeholz (Landsberg a. Lech) sind aufgeführt.

Komplette Liste der Naturdenkmäler

Bei den Heideflächen handelt es sich um die Garchingener Heide (Freising), die Gungoldinger Wacholderheide (Eichstätt), den Mesnerbichl (Starnberg) und die Nöttinger Viehweide und Badertaferl (Pfaffenhofen). Geschützte Flußstrecken sind Ammertal im Bereich der Ammerleite und Talbachhänge, die Ammerschlucht bei der Echelsbacher Brücke, die Ammerschlucht im Bereich der Scheibum und das Flußbett der Isar und Isarauen bei Wolfratshausen. Nicht zu vergessen die geschützten Vogelfreistätten an Seen, Verlandungsgebieten und Moorflächen wie beim Eggelburger See (Ebersberg), Froschhauser See (Garmisch-Partenkirchen) und Maisinger See (Starnberg) sowie an der Mündung der Tiroler Achen (Traunstein) und südlich der Fischeiche der mittleren Isar bei Ismaning (München).

Statistisch gesehen sind bereits 759,37 Quadratkilometer in Oberbayern unter Naturschutz und 2642,84 Quadratkilometer unter Landschaftsschutz gestellt. Bezogen auf die Fläche Oberbayerns sind das 4,31 bzw. 15,05 Prozent. Den größten Teil seines Gebietes mit 30,3 Prozent hat dabei der Landkreis Garmisch-Partenkirchen als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Im Landkreis Starnberg waren dagegen die Landschaftsschützer am erfolgreichsten. Hier wurden sage und schreibe 64,8 Prozent des Kreisgebietes unter Landschaftsschutz gestellt.

Oberbayern kann sich mit diesen Aufzählungen sehen lassen. Denn zwei Drittel aller unter Naturschutz gestellten Flächen in ganz Bayern liegen in Oberbayern. Beim Landschaftsschutz macht es immerhin knapp ein Fünftel aus.

Die Liste der Naturdenkmäler ist mit 1364 Einzelbeschreibungen recht ansehnlich geworden. Da fehlen weder die Wotansburg bei Beilngries im Kreis Eichstätt noch die Tatzelwurm-wasserfälle bei Oberaudorf im Kreis Rosenheim. Von „Kurfürsten-, Prinzregenten- und Napoleonslinden“ ganz zu schweigen.

Unter den Naturdenkmälern sind einmal Gehölze zu finden, zu denen Bäume als Zeugen ehemaligen Waldcharakters, Kirchen- und Kapellenbäume, Bäume bei Marien- oder Heiligensäulen und mit Legenden, Brauchtum oder Geschichte verknüpfte Bäume gehören. Auch Lebensgemeinschaften wie Moränenweiher, Niedermoorbestände, Quell- und Spirkenmoore, Trockenrasen bzw. Heidewiesen zählen dazu. Neben eiszeitlichen Schöpfungen und nacheiszeitlichen Erosions- und Karstformen gibt es schließlich noch die bereits geschützten Kelten-schanzen, Hügelgräber, mittelalterliche Straßenstücke, Graben- und Wallanlagen oder auch die unmittelbare Umgebung kulturhistorischer Bauten.

Neue einheitliche Polizeiuniformen in Bayern

Seit Mitte Februar tragen in Bayern die ersten Polizeibeamten die neuen, moosgrün-beigen Uniformen, die länder- und bundeseinheitlich eingeführt werden. Alle jungen Beamten, die von der Bereitschaftspolizei in den Einzeldienst versetzt werden, bekommen gleich die neue Uniform. Ab 1. April – ebenfalls unentgeltlich – werden die Beamten des Polizeipräsidiums München neu eingekleidet; das bisherige „Blau“ wird es in München ab August nicht mehr geben. Auch die bisher noch blau gekleideten Beamten des Polizeipräsidiums Nürnberg/Fürth werden die neuen Uniformen bis Ende September dieses Jahres kostenlos erhalten. Alle übrigen Polizeibeamten in Bayern können die neue Uniform zwar erwerben, jedoch zu Lasten ihres Dienstkleidungskontos. Damit sie jedoch ihre bisherige grüne Uniform auftragen können, dürfen sie diese bis Ende 1979 mit Teilen der neuen einheitlichen Uniform beliebig kombinieren.

Die Einführung der neuen Polizeiuniform geht auf einen Beschluß der Innenministerkonferenz von Ende 1971 zurück. Er trägt dem Umstand Rechnung, daß die bisher bestehende Vielfalt der Formen und Farben immer wieder zu Mißverständnissen geführt hat. Nachteilige Reibungsverluste gab es insbesondere bei übergreifenden Großeinsätzen. Mit der Federführung bei den Entwicklungsarbeiten wurde Bayern beauftragt, das den Modeschöpfer Heinz Oestergaard einschaltete. Im September 1974 hat die Innenministerkonferenz aus den insgesamt neun erarbeiteten Modellen die Auswahl getroffen und sich auf die jetzige Ausführung geeinigt. Sie besteht aus moosgrünem Rock, braun-beiger Hose, Mütze in der Farbe des

Rocks und sandgelbem Hemd. Zur neuen Uniform werden auch neue, einheitliche Dienstgradabzeichen auf Schulterklappen, ein neues Ärmelabzeichen, ein neuer Polizeistern für die Mütze, neue Mützenbänder und neue, einheitliche Uniformknöpfe für alle Laufbahngruppen getragen. Die Grunduniform wird durch einen olivgrünen Regen- und Wintermantel aus beschichtetem Baumwoll-Synthetik-Gewebe, eine bräunlich-beige Elastikhose mit eingearbeitetem Keilhosenteil, einen lindgrünen Anorak in moderner Form, eine schwarze Lederjacke, ein bambusfarbenes Sommerhemd mit kurzen Ärmeln und Lidokragen und einen bräunlich-beigen Rollkragenpull-over mit Polizeiabzeichen auf der Brust ergänzt.

Staatssekretär Erich Kiesel wies auf die Rolle Bayerns als Vorreiter der Entwicklung der neuen Dienstkleidung hin. Er sah darin eine Bestätigung der alten Tatsache, daß der Freistaat zu allen Vereinheitlichungen auf Länderebene bereit ist, die aus sachlichen Gesichtspunkten notwendig sind. Bayern wird sich jedoch mit Nachdruck gegen alle Zentralisierungstendenzen wenden, bei denen unter den verschiedensten Vorwänden eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Bund und Ländern angestrebt wird. Den Forderungen nach Schaffung einer Bundeskriminalpolizei erteilte der Staatssekretär deshalb erneut eine klare Absage. Sie würde nach allen Erfahrungen einen schweren Rückschritt für die Sicherheit bringen. Die mit einer Bundeskriminalpolizei verknüpfte Aufgabe des „Verbundes“ zwischen Kriminalpolizei und uniformierter Schutzpolizei wäre schlechthin unverantwortlich.

* * *

Weniger Arbeitsunfälle aber mehr Berufskrankheiten

Die Zahl der Arbeitsunfälle geht zurück. Zu dieser Feststellung kommt der Unfallverhütungsbericht 1974 der Bundesregierung. Dennoch verunglücken jährlich immer noch mehr als zwei Millionen Berufstätige. Nach ersten Übersichten sind auch die Unfallzahlen im Jahre 1975 gesunken.

Der Rückgang der Unfallzahlen hat verschiedene Gründe. Neben den verschärften Arbeitsschutzbedingungen ist auch die Beschäftigungszahl in den letzten Jahren zurückgegangen. Weniger Beschäftigte bedeuten weniger Unfallgefährdete. Und schließlich umfaßt die amtliche Statistik ausschließlich **gemeldete Unfälle**. Deshalb geht der Bericht der Bundesregierung für 1974 auch von 100 000 kleinen Unfällen aus, die nicht gemeldet wurden. Anzeigepflichtig sind nur jene Unfälle, die einen Arbeitsausfall von mehr als drei Tagen mit sich bringen.

Bisher niedrigste Zahl

Nach dem Bericht haben im Jahre 1974 von je 1000 Beschäftigten 91 einen Unfall erlitten oder eine Berufskrankheit gemeldet. An dieser Zahl läßt sich gut ablesen, wie sehr sich die Unfallzahlen zurückentwickelt haben. Denn noch 1961 wurden je 1000 Beschäftigte 131 Unfälle gemeldet. Weniger Unfälle ereigneten sich in den Betrieben, dafür aber wurden mehr Berufskranke gemeldet. Ein Forschungsprogramm „Zur Humanisierung des Arbeitslebens“ – bis 1979 sind dafür 222 Millionen Mark in die Finanzplanung eingesetzt – „soll die Arbeit stärker als bisher dem Menschen anpassen“. Unfälle und Berufskrankheiten belasten die Volkswirtschaft heute mit

etwa 25 Milliarden Mark. Denn: **Alle 16 Sekunden passiert ein Arbeitsunfall, alle acht Minuten ein schwerer und alle zweieinhalb Stunden ein tödlicher Unfall.** Arbeitsunfälle treffen dabei zu 86 Prozent Männer und lediglich zu 14 Prozent Frauen. Das spricht nicht unbedingt für die größere Achtsamkeit der Frauen, sondern für die stärkere Gefährdung der Männer-Arbeitsplätze.

Ausländer sind gefährdeter

Die Unfallhäufigkeit liegt bei ausländischen Arbeitskräften höher als bei deutschen. Bei den Türken fast dreimal, bei Griechen, Jugoslawen und Spaniern etwa um die Hälfte höher. Im Bericht der Bundesregierung heißt es, daß bei vergleichbaren Arbeitsplätzen die Unfallhäufigkeit zwar nicht von der Nationalität abhängig sei, neu eingestellte ausländische Arbeitnehmer aber weitaus unfallgefährdeter seien als jene, die bereits länger in der BRD arbeiten. Der Rückgang der Ausländerunfälle um fast ein Viertel hängt mit der verminderten Zahl von Gastarbeitern zusammen. Am meisten gefährdet sind Arbeiter unter 30 Jahren. Sie stellen 32 Prozent aller Beschäftigten und 41 Prozent der Unfallopfer. Zwischen 30 und 40 Jahren liegt der Anteil der Beschäftigten und ihr Anteil an Unfällen etwa gleich hoch. Die über 50jährigen, die 20 Prozent der Beschäftigten ausmachen, sind nur zu 13 Prozent an Unfällen beteiligt.

Die riskante erste Stunde

Die Statistik zeigt auch, daß Arbeiter nicht zu allen Arbeitszeiten gleich unfallgefährdet sind. Die meisten Unfälle, 17 Prozent, ereignen sich in der ersten Arbeitsstunde. Ungewöhnlich gefährlich ist ebenfalls die achte Arbeitsstunde: Hier ereignen

sich neun Prozent der Unfälle. Noch gefährlicher ist allerdings eine mehr als achtstündige Arbeitszeit: Der Anteil der Unfallverletzten liegt hier bei 22 Prozent. **Nicht nur der tägliche Arbeitsbeginn, auch die Aufnahme einer neuen Tätigkeit birgt starke Gefahren in sich: 27 Prozent aller Arbeitsunfälle treffen Arbeitnehmer in den ersten drei Monaten ihrer Tätigkeit.**

Berufskrankheiten

Berufskrankheiten sind statistisch schwerer zu erfassen als Berufsunfälle. An erster Stelle der Berufskrankheiten stehen heute die Lärmschwerhörigkeit und die Lärmtaubheit. Dann folgen Silikose (Staublung), Infektionskrankheiten, Sehenscheidenerkrankungen und Hauterkrankungen. Bis zum Jahre 1974 lag die Silikose an erster Stelle der Berufskrankheiten. Allerdings hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der durch Lärm hervorgerufenen Berufskrankheiten alle zwei (!) Jahre verdoppelt. **Heute hat sie einen Anteil von 27,4 Prozent an den Berufskrankheiten.**

Unfälle in Schulen und zuhause

Die Unfallstatistik erfaßt auch die Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten. Dabei wurden fast 650 000 Unfälle angezeigt, davon 88 Prozent in den Schulen selbst und zwölf Prozent auf dem Schulweg. Von den Unfällen in der Schule waren 37 Prozent Sport- und 34 Prozent Pausenunfälle. Durch keine Statistik allerdings belegt, sondern nur schätzen läßt sich, was sich an Unfällen im Bereich des Hauses und der Freizeit ereignet. **Die Zahl der Unfälle aus diesem Bereich wird jedoch auf mehr als zwei Millionen geschätzt. Davon sind etwa 10 700 tödlich. Das sind doppelt so viel wie tödliche Berufsunfälle.**

Jahr für Jahr: Hundert Kinder werden von ihren Eltern zu Tode gequält

Nach einer Veröffentlichung der Aktion das „Sichere Haus“ werden alljährlich in der Bundesrepublik 100 Kinder von ihren Eltern zu Tode gequält. Bei dieser Zahl handelt es sich um nachgewiesene Fälle. **Die Dunkelziffer, so heißt es in diesem Bericht weiter, liege jedoch bei mindestens 1000 Kindsmißhandlungen mit tödlichem Ausgang.**

Die Zahl der Eltern die wegen Überschreitung des Züchtigungsrechtes in einem Jahr gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden, beträgt etwa 1600. Die Zahl der Kinder, die „krankehausreif geprügelt“ werden, wird auf jährlich 20 000 bis 30 000 geschätzt. Die Eltern konstruieren in vielen Fällen einen „Hausunfall“. Insgesamt, so die Aktion „das sichere Haus“, dürften 60 000 bis 80 000 Eltern in der Bundesrepublik ihre Kinder schwer prügeln. Weit höher liege noch die Zahl der seelischen Mißhandlungen, die nur ganz selten exakt festzustellen seien, weil seelische Grausamkeit kaum beweisbar sei. Die Aktion „Das sichere Haus“ hat alle Bundesbürger aufgerufen, die irgendwo körperliche oder seelische Mißhandlungen vermuten, die Polizei oder das Jugendamt zu benachrichtigen, bevor es zu spät ist.

Bedarf an Altenheimplätzen bis Anfang der 80er Jahre gedeckt?

In den Jahren 1982/83 rechnet das bayerische Sozialministerium damit, daß der Bedarf an Altenheimplätzen gedeckt sein werde, sofern die gegenwärtige Bauleistung fortgesetzt werden kann. Wie aus einer Veröffentlichung des Ressorts hervorgeht, ist die derzeitige Versorgung mit Altenheimplätzen in Bayern gegenüber dem Bundesgebiet überdurchschnittlich.

Derzeit gibt es in Bayern 857 Altenheime mit 70 446 Plätzen, die allgemein zugänglich sind und 49 Schwesternaltenheime für Ordensangehörige mit 2446 Plätzen sowie 101 Heime für behinderte Volljährige mit 14 747 Plätzen. Dem Bevölkerungsanteil der über 65jährigen steht damit ein Heimangebot zur Verfügung, das weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, der mit 3% beziffert wird. In Bayern können aber 4,8% der über 65jährigen in einem Altenheim unterkommen, womit die Versorgung um 60% höher als im Bundesdurchschnitt ist.

Von den zur Zeit vorhandenen knapp 73 000 Plätzen wurden ca. 38 000, also mehr als die Hälfte, neu errichtet, und 660 Heime seit 1962 modernisiert. Das staatliche Förderungsvolumen belief sich in dieser Zeit auf annähernd 600 Mio DM. Trotzdem besteht auch in Bayern noch ein Bedarf an Heimplätzen, da 5,7% der über 65 Jahre alten Einwohner des Landes einen Heimplatz benötigen. Dieser Fehlbestand wird heute mit 11 400 Heimplätzen angegeben, während er noch 1971 14 800 betrug. Da der Bevölkerungsanteil der über 65jährigen zu Beginn der 80er Jahre seinen Höhepunkt überschritten hat, geht man davon aus, daß angesichts der schwierigen Finanzlage bei Staat, Kommunen und freien Trägern neue gewerbliche Heime kaum errichtet werden können. Auch die öffentliche freie Wohlfahrtspflege werde jährlich nur etwa 2000 Plätze mit staatlicher Förderung bauen können, von denen jeder rund 33 000 DM kostet. Bei dieser Bauleistung rechnet das Ministerium damit, daß der Bedarf an Heimplätzen dann Anfang der 80er Jahre gedeckt sein wird.

Vermeidung von Unfällen im alpinen Gelände Ein Faltblatt des Kultusministeriums

Als Beitrag zur Verhütung von Bergunfällen hat das Bayerische Kultusministerium unter Beteiligung des Deutschen Alpenvereins, des Sportzentrums der Technischen Universität München und anderer interessierter Stellen die wichtigsten Leitsätze zur allgemeinen Touristik und zur Lawinengefahr im alpinen Gelände in einem Faltblatt zusammengestellt. Wie man sich nicht verhalten soll, zeigen drei Karikaturen, die Ernst Hürlimann beigesteuert hat. Das Faltblatt wendet sich vor allem an Lehrer und Gruppenleiter, die jugendliche Bergwanderer und Skifahrer führen. Es ist in einer Auflage von rd. 80 000 Stück erschienen und wird u. a. an die weiterführenden Schulen Bayerns, die bayerischen Jugendherbergen in Alpennähe sowie die Jugendämter und Jugendverbände in Bayern verteilt.

Bei Kälte mehr Selbstmorde

Kälte bewirkt eine Überfunktion mancher Drüsen und damit eine vermehrte Hormonausschüttung. Damit würden, wie Professor K. Tatai (Tokio) vor dem Internationalen Kongreß über „Rhythmische Funktionen in biologischen Systemen“ in Wien ausführte, gewisse Voraussetzungen für Depressionen geschaffen. Statistiken aus Japan untermauern diese These: Einer deutlichen Selbstmordspitze im Norden des Landes steht eine weitaus geringere Zahl von Selbstmorden im Süden gegenüber. „Da die sozialen und ethnischen Bedingungen in beiden Teilen des Landes praktisch gleich sind, kommen nur klimatische Faktoren als Ursache in Frage“, betonte Prof. Tatai. Diese überraschenden Befunde des japanischen Experten werden durch meteorologische Beobachtungen gestützt. So berichtete der Wiener Meteorologe Professor F. Steinhauser von geophysikalischen bzw. klimatischen Rhythmen, deren Intensität an den Polen am stärksten ist, in Richtung Äquator aber sehr stark abnimmt. dgk.

Sind Überschallflugzeuge gesundheitsschädlich?

Bei allen Diskussionen, die derzeit in Verbindung mit dem Überschallflugzeug „Concorde“ geführt werden, gewinnt auch die Frage nach etwaigen Gesundheitsstörungen an Bedeutung. Viele ältere Geschäftsreisende – und sie werden es in nicht unerheblicher Zahl sein, die sich einen Flug mit diesem Typ leisten möchten – überlegen, ob sie bei Herz-Kreislauf-Beschwerden oder Asthma einen Flug in den dabei benutzten Höhen vertragen würden. Nach Ansicht von Professor Erwin Lauschner ist die Flughöhe hierbei – auch wenn sie die bisherigen erheblich übersteigt – unwesentlich, weil es vor allem auf den Innendruck der Kabine ankommt. Dieser kann durch besondere Einrichtungen bei Überschallflugzeugen so reguliert werden, daß er einer Höhe von 1600 bis 2000 Metern entspricht. Bei den konventionellen Maschinen, die eine Flughöhe bis zu 12000 Metern erreichen, entspricht der Kabinendruck einer Höhe von 2400 Metern. Ein viel bedeutenderes Problem stellt die Strahlenbelastung dar, die bei Flughöhen von 18 bis 24 Kilometern größer ist als bei 12 Kilometern, da Überschallflugzeuge die untere Grenze der Ozonschicht streifen. Während Meßgeräte die Menge des eingedrungenen Ozons anzeigen, können Spezialapparaturen die überschießenden Mengen Ozon in Sauerstoff umwandeln, so daß eine Schädigung der Flugreisenden nicht zu befürchten sein dürfte. Dabei ist selbstverständlich davon auszugehen, daß schwer- oder chronisch Kranke überhaupt nur bedingt flugfähig sind und vorher stets ihren behandelnden Arzt befragen müssen. Dies trifft nicht nur für Flüge mit Überschallgeschwindigkeit zu. dgk.

Wesentliche Hilfe in der Krankenpflege: der „Oberkörper-Bettaufrichter“

Die häusliche Krankenpflege scheitert oft an der Überbeanspruchung der Pflegeperson. Da kommt eine praktische und im Grunde einfache Erfindung zur Hilfe: der „medi-help“, ein Oberkörper-Bettaufrichter, wie er erklärend bezeichnet wird. Er besteht aus einer pneumatischen Doppelkammer, die mit einer leicht zu betätigenden Gummiballpumpe aufgeblasen wird und das Liegeoberteil stufenweise bis zu einer bequemen Sitzstellung aufrichtet. Das aufsteckbare Oberteil für die Kopfaufgabe ist abnehmbar, so daß auch mühelos im Bett eine Haarwäsche vorgenommen werden kann.

Fehlende Behandlungszentren für 1,3 Millionen Verhaltensgestörte

In der Bundesrepublik besteht ein großer Mangel an Beratungsstellen für die Diagnose und Behandlung der rund 1,3 Millionen verhaltensgestörten und psychisch kranken Kinder und Jugendlichen. Die Zahl der bestehenden Einrichtungen liegt weit unter den Empfehlungen, die bereits 1955 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegeben wurden. Darauf hat das Vorstandsmitglied der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, Professor Dietrich Specht, Göttingen, hingewiesen. Nach den Plänen der WHO müßte auf rund 50000 Einwohner eine entsprechende Einrichtung kommen. Die jüngste Zählung ergab jedoch bei „wohlwollender Berechnung“ nur eine Beratungsstelle für 200000 Personen. Deshalb appellierte Specht an die Bundesregierung: „Auch in Zeiten, in denen das Geld knapp ist, darf nicht ausgerechnet an diesen wichtigen Einrichtungen gespart werden.“

Jährlich 11 000 tödliche Haushaltsunfälle

„Es müßte eine Gehschule für Erwachsene eingerichtet werden“, empfiehlt der Ministerialreferent für Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen, Hans Ibels, „Frauen, die auf hohen Schuhabsätzen über rutschige Böden stolzieren, wissen oft gar nicht, wie gefährlich das werden kann“.

38 Prozent der Heimunfälle insgesamt ereignen sich ohne einen Gegenstand in der Hand. Zehn Prozent der Unfälle erfolgen beim Aufrichten, Aufstehen oder Herunterspringen. Weitere neun Prozent der Heimunfälle passieren beim Lastenbewegen, Heben oder Tragen, das ergibt eine vom nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministerium angestellte Untersuchung (MAGS) über Haushaltsunfälle. Die als einmalig geltende Arbeit ermittelte auch die unfallträchtigsten Orte im Haushalt. Das sind Treppen, Garten und Wohnzimmer, mit mehr als 50 Prozent von Heimunfällen. dgk.

Innenminister Merk: Keine Nachteile für Helfer im Katastrophenschutz

Innenminister Bruno Merk hat sich an die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern gewandt, um Helfer im Katastrophenschutz vor beruflichen Nachteilen zu bewahren. Der Innenminister will die Vereinigung dazu gewinnen, bei der Aufklärung der Arbeitgeber über den gesetzlichen Schutz der Helfer im Katastrophenschutz mitzuwirken.

Das Katastrophenschutzgesetz des Bundes verbietet den Helfern wegen einer Mitwirkung im Katastrophenschutz zu kündigen oder sie sonstwie am Arbeitsplatz zu benachteiligen. Die Helfer sind während der Dauer der Teilnahme an behördlich angeordneten oder genehmigten Einsätzen, Übungen, Lehrgängen und sonstigen Ausbildungsveranstaltungen von der Pflicht zur Arbeitsleistung befreit, der Verdienst muß aber weitergezahlt werden. Auch die Beiträge zur Sozial-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung müssen weiterentrichtet werden. Privaten Arbeitgebern werden jedoch diese Beiträge wieder vom Staat erstattet.

52 Prozent der Mütter in Bayern berufstätig Zahlen des Statistischen Landesamtes

Wie aus dem Monatsheft des Bayerischen Statistischen Landesamtes „Bayern in Zahlen“, das zum Internationalen Jahr der Frau 1975 erschien, hervorgeht, wurden 1,5 Millionen Mütter in Bayern ermittelt, die rund 2,9 Millionen Kinder unter 18 Jahren in ihrem Haushalt betreuen. 52 (!) Prozent dieser Mütter waren berufstätig. Rund 296000 erwerbstätige Mütter hatten Kinder unter sechs Jahren zu versorgen. Weitere Zahlen: Rund eine halbe Million mehr Frauen und Mädchen als Männer und Knaben leben in Bayern. Allerdings gleicht sich das Geschlechterverhältnis infolge höherer Geburtenraten männlicher Personen wieder aus. Die Geburtenfreundlichkeit ist im letzten Jahrzehnt stark zurückgegangen. Nur fünf Prozent der Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter erwarteten 1974 ein Kind. Ebenfalls stark zurückgegangen ist die Zahl derjenigen Frauen, die einem dritten oder weiterem Kind das Leben schenkten. Und auch diese Zahl ist interessant: Jede fünfte erwerbstätige Frau in Bayern ist teilzeitbeschäftigt.

70000 Sozialarbeiter zu wenig

Um den wirklichen Bedarf bei der Alten-, Familien- und Jugendhilfe abzudecken, fehlen in der Bundesrepublik derzeit rund 70000 (!) Sozialarbeiter. Zu diesem Ergebnis kamen Experten mehrerer Organisationen in Bonn bei einem Hearing des CDU-Fachausschusses Sozialpolitik. Nach den letzten Zahlen gibt es in der Bundesrepublik derzeit lediglich 28000 Sozialarbeiter und -pädagogen. Dagegen ist der Bedarf im sozialen Erziehungsbereich bereits heute abgedeckt.

Stolzes Sammlungsergebnis

Seit 1951 führt die BRK-Führerin Helene Wiedemann, Immenstadt, ein Buch, in dem sie ihre Sammelergebnisse zweimal jährlich eingetragen hat. Von 1951-1975 brachte sie dabei den stattlichen Betrag von DM 82937,31 zusammen. Wir beglückwünschen Frau Wiedemann!

Silber-Decken retten Menschenleben Kältetod schon bei 27 Grad Körpertemperatur

Bei Sport-, Arbeits- oder Verkehrsunfällen ist den wenigsten Helfern die Tatsache bekannt, daß bereits bei einer Körpertemperatur von plus 27 Grad Celsius beim Unfallopfer Unterkühlungen eintreten und in der Folge zum Kältetod führen können. Das heißt in der Praxis, daß Todesgefahr bereits gegeben ist, wenn die normale Körpertemperatur eines Menschen von rund 36,5 Grad C auf 27 Grad C sinkt. Auch für den Laien ist eine Unterkühlung bei einem Verletzten oder Erschöpften leicht erkennbar. Sie beginnt mit einer auffallenden Blässe, der etwas später ein Muskelzittern folgt. Hält die Unterkühlung weiter an, so verfällt der Betroffene und das Muskelzittern geht in eine Muskelstarre über. **Unter 27 Grad C Körpertemperatur versiegt die Wahrnehmbarkeit der Herz- und Atmungsfunktionen.**

Um dem Kältetod wirksam entgegenzutreten zu können, wird von Fachleuten empfohlen, sogenannte **Silber-Decken** bei der Rettung Verletzter einzusetzen. Diese Decken bestehen aus einer hauchdünnen, fast unzerreißbaren Folie, die auf einer Seite silbern und auf der anderen Seite auffallend goldgelb glänzt (Rettungsfarbe – reflektiert Scheinwerferlicht und Radar). Die Spiegelmetallaufgabe der Decke reflektiert rund 80% der eigenen Körperwärme und schützt so ausreichend vor Unterkühlung und Erfrierungen. Außerdem hält sie Regen, Nässe und Wind ab. Die goldfarbene Seite hingegen schützt vor starker Sonnenbestrahlung.

Die Foliendecke, 220 mal 140 cm groß, benötigt etwa den Platz einer Brieftasche und sollte daher stets von Autofahrern, Sportlern, Bergsteigern und Skiläufern mitgeführt werden. Die Silber-Decke sollte aber auch in keinem Unfallkoffer und keiner ländlichen Hausapotheke fehlen, da sie eine wirksame Waffe gegen den Unfalltod darstellt. (smog)

Der Gesundheitserzieher kommt

Als erstes Bundesland beginnt man in Hessen gegenwärtig damit, eigene „Gesundheitserzieher“ auszubilden. Ihre Aufgabe besteht darin, Ärzten zu helfen, in Familie, Schule und Öffentlichkeit über gesunde Lebensführung aufzuklären. Wie dazu die hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung in Marburg mitteilte, können Angehörige der Gesundheitsämter bereits seit Januar 1976 an entsprechenden Lehrgängen teilnehmen. Zur weiteren Ausbildung erfolgt dann ein dreimonatiges Praktikum.

Soziale Hilfe für Blinde

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 70 000 Blinde, davon 65 000 Zivil- und Unfallblinde sowie 5 000 Kriegsblinde. Zwei Drittel von ihnen haben das Rentenalter erreicht oder überschritten. Nur etwa 15% der 70 000 blinden Menschen können die Blindenschrift lesen, die vor 150 Jahren von dem blinden französischen Lehrer Louis Braille entwickelt wurde. Nach einer 1970 durchgeführten Ermittlung waren zu diesem Zeitpunkt 12 000 Blinde berufstätig, davon 688 in Berufen mit Hochschulabschluß. In der Behindertenpädagogik zählt das Blindenbil-

dungswesen in Deutschland seit Beginn dieses Jahrhunderts zu dem am besten organisierten Schulsystem. Das Angebot von Berufsmöglichkeiten für Blinde reicht zwar vom Industriearbeiter bis zum Akademiker, doch sind noch große Anstrengungen erforderlich, um zusätzlich neue und bessere Berufswege für Blinde zu erschließen.

Es gibt für den Blinden eine Fülle von Möglichkeiten zur Aus- und Fortbildung, zum Berufsangebot, zur Rehabilitation, aber auch für die Freizeit. Leider werden diese Möglichkeiten oft aus Unwissenheit nicht genutzt oder zu spät erkannt. Die in allen Bundesländern ansässigen Blindenverbände geben fachgerechte Informationen und bemühen sich um tatkräftige Hilfe. **Ihre Anschriften sind beim Deutschen Blindenverband e.V., 5300 Bonn-Bad Godesberg, Bismarckstraße 30, zu erfragen.**

(GPD)

BEKANNTMACHUNGSTEIL

ALLGEMEINES

1. Rundschreiben des Landesverbandes

- Nr. 5 vom 22. 1. 1976: Frühjahrs- und Herbstsammlung 1976
Erfassung und Abrechnung der Sammlerergebnisse
- Nr. 6 vom 30. 1. 1976: Rettungsdienst; Ausbildungskosten
- Nr. 7 vom 3. 2. 1976: Studienaufenthalt in den USA für Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher, Jugendleiter und Sonderschullehrer
- Nr. 8 vom 3. 2. 1976: Rettungsdienst-Jahresrechnung und Abstimmung für das Rechnungsjahr 1975
- Nr. 9 vom 4. 2. 1976: Rettungsdienst; ergänzende Mitteilung zum RS 4/76
- Nr. 10 vom 16. 2. 1976: Katastrophenschutz des BRK
- Nr. 11 vom 13. 2. 1976: II. Internationales Preisausschreiben des Bulgarischen Roten Kreuzes für behinderte und chronisch kranke Kinder
- Nr. 12 vom 19. 2. 1976: Rettungsdienst; Personaleinstellung
- Nr. 13 vom 23. 2. 1976: Rettungsdienst; mtl. Meldung der Benutzungsentgelte
- Nr. 14 vom 25. 2. 1976: MGW. Statistische Erfassung der Kostendeckung bei Mütterkuren für 1975
- Nr. 15 vom 24. 2. 1976: Förderung ambulanter Krankenpflege 1976
- Nr. 16 vom 5. 3. 1976: 20. Juristen-Erfahrungsaustausch über die Genfer Rotkreuzabkommen
- Nr. 17 vom 5. 3. 1976: Breitenausbildung Erste Hilfe 1975
- Nr. 18 vom 11. 3. 1976: Belegungsmöglichkeiten im Kinderkurheim des Kreises Höxter auf Norderney/Nordsee
- Nr. 19 vom 22. 3. 1976: Frühjahrs- und Herbstsammlung 1976
Heranziehung von Schülern und Jugendlichen zu den Straßensammlungen
- Nr. 20 vom 25. 3. 1976: Beschaffung von Turn- und Sportgeräten 1976
- Nr. 21 vom 29. 3. 1976: Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für Rundfunkempfangsgeräte in Gemeinschaftsunterkünften

Eilmitteilungen

- vom 8. 1. 1976: Rettungsdienst – Rechnungsstellung
- vom 29. 1. 1976: Änderung des Ortszuschlages ab 1. Januar 1976 nach dem Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur im öffentlichen Dienst
- vom 30. 1. 1976: Neuregelung von Reisekostenbestimmungen
- vom 25. 2. 1976: Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG)

FAHRZEUGWESEN

2. Krankenkraftwagen zu kaufen gesucht

Die Sargfabrik J. Fischer, Bahnhofstr. 7, 8861 Marktoffingen, Telefon Nr. 09087/810, sucht einen gut erhaltenen Krankenkraftwagen Mercedes Diesel oder Benzin.

Herr Berthold Matuschek, 8068 Pfaffenhofen, Jahnhöhe 7, Telefon 08441/4429, sucht einen gebrauchten Krankenkraftwagen Mercedes-Benz-Diesel.

Kreisverbände, die solche Fahrzeuge abzugeben haben, bitten wir, sich direkt mit den Obengenannten in Verbindung zu setzen. Vor Abgabe eines Krankenkraftwagens müssen jedoch sämtliche Krankentransporteinrichtungen sowie Blaulicht, Sondersignal, Beschriftung und evtl. angebrachte rote Dachstreifen vom Fahrzeug entfernt werden.

PERSONALWESEN

3. Referentin gesucht

Beim Präsidium des BRK ist zum 1. 7. 1976 die Position der Referentin der Frauenbereitschaften neu zu besetzen.

Unsere neue Mitarbeiterin sollte 35–45 Jahre alt sein, über eine ausreichende berufliche Qualifikation sowie über Organisationstalent und mehrjährige Erfahrung in der Verbandsarbeit verfügen.

Bewerbungen sind zu richten an:

BRK-Präsidium, Personalabteilung, Holbeinstraße 11, 8 München 86.

4. Verlust von Dienstaussweisen

Nachfolgende Dienstaussweise bzw. Dienstbücher sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Dienstaussweis Nr. 06-193/K, ausgestellt auf Ernst Welsler, wohnhaft 8071 Demling, Lindenstraße 2,

Dienstaussweis Nr. N-52, ausgestellt auf Dr. med. dent. Bücherl, 1. Vorsitzender des BV Ndb./Opf.,

Dienstaussweis, Dienstbuch und Zusatzführerschein (ohne Nr.) ausgestellt auf Helmut Wolf, 8400 Regensburg,

Dienstaussweis Nr. N 27-259 und Dienstbuch Nr. N 27-2042, ausgestellt auf Helmut **Wolf**, geb. 23. 11. 1943, wohnhaft 8400 Regensburg, Greflingerstr. 4a.